
Konzern-Lagebericht

Entwicklung der Märkte	38
Entwicklung des Bankensektors	41
Finanz- und Ergebnisentwicklung	42
Posten der Erfolgsrechnung im Detail	44
Ergebnis im Quartalsvergleich	48
Bilanz	50
Eigenkapital	51
Forschung und Entwicklung	52
Internes Kontroll- und Risikomanagement-System	53
Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte	55
Funding	58
Risikomanagement	59
Human Resources	63
Ausblick	65
Organisatorische Änderungen	66
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	67

Entwicklung der Märkte

Erholung in Europa, Konjunkturschwäche in den USA

Der Euroraum arbeitete sich im Lauf des Jahres 2013 schrittweise aus der Rezession, die Ende 2011 eingesetzt hatte. Das Wirtschaftswachstum sank 2013 im Jahresvergleich – nach minus 0,6 Prozent im Vorjahr – um 0,4 Prozent. Dabei wurden ab dem zweiten Quartal positive Quartals-Wachstumsraten verzeichnet. Damit ging ein beschleunigter Aufwärtstrend in den so genannten Konjunkturfrühindikatoren einher. Gegen Ende des Jahres bestätigten die realen Daten den an Fahrt gewinnenden und auch die südeuropäischen Länder umfassenden Wirtschaftsaufschwung. Unterstützend wirkten dabei einerseits die extrem expansive Geldpolitik der EZB sowie andererseits der fortgeschrittene Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in den südeuropäischen Ländern. Während der Wirtschaftsaufschwung vorwiegend vom zunehmenden Außenhandel ausging, spielte in einigen Kernländern – allen voran in Deutschland – auch die Binnennachfrage eine wichtige Rolle. Größter Risikofaktor bleibt weiterhin die Politik und ihre Reformversäumnisse, gefolgt von den nach wie vor nicht vollständig bereinigten Fehlentwicklungen auf den Immobilien- und Kreditmärkten einzelner Länder.

Die US-Wirtschaft entwickelte sich im abgelaufenen Jahr wie erwartet deutlich schwächer als noch 2012. So lag der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts bei nur 1,9 Prozent – nach 2,8 Prozent im Jahr zuvor. Verantwortlich dafür waren in erster Linie spürbare Steuererhöhungen zu Jahresbeginn, die den privaten Konsum belasteten, sowie weitere Einschnitte bei den Staatsausgaben. Diese Faktoren sowie die anhaltende Diskussion über den Haushalt und die Schuldenobergrenze, die im Oktober in einem zweiwöchigen Verwaltungsstillstand mündete, trugen zu einer erheblichen Verunsicherung von Konsumenten und Unternehmen bei. In der Folge verlangsamte sich der Anstieg bei den Unternehmensinvestitionen drastisch. Trotz der nur verhaltenen Konjunkturdynamik setzte sich die Erholung auf dem Arbeitsmarkt jedoch fort. 2013 wurden in den USA 2,2 Millionen neue Jobs geschaffen, die Arbeitslosenquote sank im Jahresverlauf von 7,9 Prozent auf 6,7 Prozent.

CEE profitiert von Erholung in der Eurozone

Die seit 2012 spürbare konjunkturelle Eintrübung in Zentral- und Osteuropa (CEE) hielt 2013 an. Hatte die Region 2012 noch ein Wachstum von 2,2 Prozent verzeichnet, dürfte es 2013 nur 1,2 Prozent betragen haben. Das Wachstum der Exporte blieb moderat, und auch die Inlandsnachfrage präsentierte sich schwach. Die Konjunktorentwicklung in CEE wurde dabei weiterhin von der Eurozone als Hauptabsatzmarkt der Region bestimmt. Daneben wirkten sich tendenziell stagnierende Rohstoffpreise sowie anhaltende Konsolidierungsanstrengungen der öffentlichen Hand negativ auf das Wirtschaftswachstum in mehreren Märkten aus.

In der Region Zentraleuropa (CE) stachen bei der wirtschaftlichen Entwicklung wie schon im Vorjahr Polen und die Slowakei positiv hervor, obgleich sich das Wachstum auch dort verlangsamte. Während Polen 2012 noch ein Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent erreicht hatte, pendelte es sich 2013 voraussichtlich bei 1,6 Prozent ein. Die Slowakei verzeichnete im selben Zeitraum einen Rückgang von 1,8 Prozent auf 0,9 Prozent. Nachdem die Wirtschaft in Ungarn 2012 noch geschrumpft war, kehrte sie 2013 mit einer Steigerung von 1,1 Prozent auf einen moderaten Wachstumspfad zurück. Weniger resistent zeigte sich die Tschechische Republik, in der sich das Konjunkturmilieu im zweiten Halbjahr 2013 zwar verbesserte, mit minus 0,9 Prozent die Wachstumszone für das Gesamtjahr aber erneut verfehlte. In Slowenien ging die Wirtschaftsleistung mit minus 2,0 Prozent 2013 ebenfalls im zweiten Jahr in Folge zurück – nach minus 2,3 Prozent im Vorjahr.

In Südosteuropa (SEE), wo die Wirtschaft im Vorjahr noch stagniert hatte, zog die Konjunktur 2013 mit einem Wachstum von 2,1 Prozent wieder an. Nur Kroatien blieb in einer leichten Rezession verhaftet, während die Wirtschaftsleistung in allen anderen Ländern der Region wieder zunahm. Positiv hervorzuheben ist Rumänien, wo nach nur 0,6 Prozent Wachstum im Jahr 2012 in der Berichtsperiode ein Plus von 3,5 Prozent erreicht wurde. Dieser Aufschwung ist unter anderem auf erfolgreiche Konsolidierungsanstrengungen und eine verbesserte Wettbewerbsposition der rumänischen Wirtschaft zurückzuführen. Bosnien und Herzegowina und Serbien wiesen 2013 Wachstumsraten um 2 Prozent auf, während die bulgarische Wirtschaft mit einem Plus von knapp 1 Prozent weniger wuchs.

Die Wirtschaftsdynamik in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) trübte sich im Jahresverlauf 2013 deutlich ein. So reduzierte sich die Wachstumsrate in Russland von 3,4 Prozent im Jahr 2012 auf rund 1,3 Prozent in der Berichtsperiode. Ausgelöst wurde dies durch eine stagnierende Industrieproduktion und rückläufige Investitionen, wohingegen die Konsumnachfrage das Wachstum weiterhin stützte. Die ukrainische Wirtschaft stagnierte im Berichtsjahr mangels positiver Impulse sowohl seitens der Exporte wie auch der Inlandsnachfrage zum zweiten Mal in Folge.

Für 2014 wird für CEE ein Wirtschaftswachstum von abermals 1,2 Prozent prognostiziert, wobei die Dynamik mehr von CE und teilweise auch von SEE getrieben wird, als von der GUS. Die Entwicklung der Eurozone wird dabei 2014 für die gesamte Region weiterhin hohe Relevanz besitzen.

Die in Zentraleuropa (CE) erwartete deutliche wirtschaftliche Erholung wird auf der Entwicklung in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei beruhen und damit ein solides Fundament besitzen. Insbesondere für Polen wird ein höheres Wachstum von 3,1 Prozent prognostiziert, der tschechischen Wirtschaft sagen die Wirtschaftsforscher die Rückkehr auf den Wachstumspfad voraus. Für Slowenien wird allerdings auch noch 2014 die Gefahr einer anhaltenden Rezession gesehen. Südosteuropa (SEE) sollte 2014 ein Wachstum von 1,7 Prozent aufweisen. Die Entwicklung in Rumänien dürfte dabei mit plus 2,3 Prozent über dem regionalen Durchschnitt liegen. In Russland wird nach einem BIP-Wachstum von 1,3 Prozent im Jahr 2013 nur ein Plus von 1,0 Prozent für 2014 prognostiziert. Die Erwartungen an Investitionen und Industrieproduktion vor Ort sind weiterhin verhalten. Zudem ist der Ausblick sowohl für die ukrainische als auch für die russische Wirtschaft aufgrund der jüngsten Entwicklungen in der Ukraine mit erheblichen Abwärtsrisiken behaftet.

Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Region/Land	2012	2013e	2014f	2015f
Polen	1,9	1,6	3,1	3,3
Slowakei	1,8	0,9	2,2	3,0
Slowenien	-2,3	-2,0	-0,5	1,5
Tschechische Republik	-0,9	-0,9	2,3	2,4
Ungarn	-1,7	1,1	2,0	2,0
CE	0,6	0,8	2,5	2,8
Albanien	1,6	1,3	2,0	3,0
Bosnien und Herzegowina	-1,1	1,9	1,5	3,5
Bulgarien	0,8	0,8	2,0	3,5
Kroatien	-2,0	-1,0	0,0	1,0
Kosovo	2,5	3,0	3,0	4,0
Rumänien	0,6	3,5	2,3	2,5
Serbien	-1,7	2,2	1,0	2,0
SEE	-0,1	2,1	1,7	2,4
Belarus	1,7	0,9	0,5	1,5
Russland	3,4	1,3	1,0	1,5
Ukraine	0,2	0,0	-5,0	1,5
GUS	3,1	1,2	0,5	1,5
CEE	2,2	1,2	1,2	1,9
Österreich	0,9	0,4	1,5	2,3
Deutschland	0,9	0,5	1,8	2,5
Eurozone	-0,6	-0,4	1,5	2,0

Moderate Konjunkturbelebung in Österreich

In Österreich hatte sich die Konjunktur im Lauf des Jahres 2012 nach einer kurzen Beschleunigung zu Jahresbeginn wieder abgekühlt. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2013 nahm die konjunkturelle Dynamik wieder etwas an Fahrt auf. Dabei gingen seit dem zweiten Quartal 2012 die wesentlichen Impulse vom Außenhandel aus, während die Inlandsnachfrage die BIP-Entwicklung dämpfte. Im Verlauf des Jahres 2013 entwickelten sich Konsum und Investitionen jedoch wieder etwas dynamischer, während der Beitrag des Außenhandels zum BIP-Quartalswachstum in Summe etwas zurückging. 2014 ist mit einer weiteren Beschleunigung der Konjunkturdynamik zu rechnen. Dies spiegelt sich in der Prognose eines realen BIP-Wachstums von 1,5 Prozent für 2014 nach einem Plus von 0,4 Prozent im Jahr 2013 wider (2012: plus 0,9 Prozent).

Neuerlich gedämpftes Wachstum in Asien

China verzeichnete über das Jahr 2013 hinweg eine robuste Wachstumsrate von rund 7,7 Prozent, wozu öffentliche Infrastrukturinvestitionen einen wesentlichen Beitrag leisteten. Auch der Außenhandel verzeichnete gegenüber 2012 höhere Wachstumsraten, private Investitionen zeigten dagegen eine deutlich abgeschwächte Dynamik. Der private Konsum wiederum stützte das Wirtschaftswachstum. Für große Aufmerksamkeit sorgten seit November die Pläne zur weiteren Öffnung Chinas gegenüber dem Ausland und zur Liberalisierung vieler Wirtschaftsbereiche. Für Indien wird für 2013 (das indische Fiskaljahr läuft jeweils von April bis März) ein Wirtschaftswachstum von 4,5 Prozent erwartet, das in erster Linie auf hohen Staatsausgaben und einer Erholung der Exporte beruht, während vom privaten Konsum und den Investitionen nur geringe Impulse ausgingen. Singapur verzeichnete 2013 erstmals wieder ein deutlich gestiegenes Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent. Verantwortlich dafür war vor allem die Verbesserung des globalen wirtschaftlichen Umfelds, insbesondere innerhalb Südasiens, die sich in erheblich höheren Exporten niederschlug.

Globale Währungen

Wie schon 2012 bewegte sich der Wechselkurs des Euro zum US-Dollar auch 2013 in einer geringen Bandbreite von nur EUR 0,10 zwischen EUR/USD 1,28 und EUR/USD 1,38. Am Jahresende notierte er mit EUR/USD 1,36 lediglich EUR 0,04 über dem Niveau von Ende 2012. Treiber der Wechselkursentwicklung war erneut im Wesentlichen die Geldpolitik der EZB sowie der US-Notenbank. Seit Mitte des Jahres aufgeflamte anhaltende Spekulationen über eine mögliche Reduktion der Anleihekäufe durch die Fed führten zu mitunter spürbaren Wechselkursschwankungen.

Der Schweizer Franken startete stark knapp oberhalb der von der Schweizerischen Nationalbank 2011 eingeführten Interventionschranke von EUR/CHF 1,20 in das Jahr 2013. Infolge eines größeren Konjunkturoptimismus und einer höheren Risikoneigung der Investoren wertete der Franken im ersten Quartal auf über EUR/CHF 1,28 ab. Im darauf folgenden Quartal dämpften enttäuschende Konjunkturumfragen in Europa und die Probleme in Zypern sowie Italien die Zuversicht. Die dadurch steigende Risikoaversion ließ den Franken auf EUR/CHF 1,25 aufwerten. Ab der Jahresmitte 2013 pendelte der Franken in einem engen Band zwischen EUR/CHF 1,22 und EUR/CHF 1,24. Für die Währungsbewegungen waren vor allem die Zinsdifferenzen zwischen der Eurozone und der Schweiz maßgeblich.

CEE-Währungen

Während die Währungen in CE und SEE vergleichsweise stabil blieben, gaben sie in der GUS 2013 gegenüber dem Euro deutlicher nach. Dieser Trend zeigte sich in anderen Emerging Markets (außerhalb von CEE) noch deutlicher. Hauptgrund dafür war die Angst vor einem Auslaufen der massiven Liquiditätszufuhr durch die Notenbanken, das zu Abflüssen von Liquidität aus den Emerging Markets führen könnte. Betroffen waren davon primär jene Länder, die zuvor einen höheren Zufluss an Liquidität verzeichnet hatten. Im Vergleich zu anderen Währungen von Emerging Markets profitierte CEE dabei jedoch von einem Abbau bestehender Ungleichgewichte, so etwa von der starken Reduktion der Leistungsbilanzdefizite.

Die Effekte der anhaltenden Leitzinssenkungen auf die Währungen waren eher schwach. So senkte beispielsweise Ungarn den Leitzins erheblich, ohne dadurch eine markante Abschwächung des Forint zu bewirken. Ein Grund dafür war die weiterhin geringe Risikoaversion, die Investoren weiter in Emerging-Market-Ländern hält. Umgekehrt startete die tschechische Zentralbank eine Fremdwährungsintervention zur Schwächung der Krone im Verhältnis zum Euro, nachdem der Leitzins praktisch auf Null (0,05 Prozent) gesenkt worden war.

Für 2014 wird trotz möglicher Schwächephasen durch eine Liquiditätsreduktion eine robuste Entwicklung für die CE- und SEE-Währungen erwartet. Nachdem die GUS-Währungen bereits seit Beginn des Jahres 2014 an Wert verloren haben, bestehen insbesondere für den russischen Rubel, die ukrainische Hryvna und den belarussischen Rubel noch weitere Abwärtsrisiken. Übertragungseffekte auf andere Währungen der Region sind hierbei nicht auszuschließen und trüben somit den Ausblick etwas ein.

Entwicklung des Bankensektors

Weiteres Wachstum des Bankensektors in CEE

Unterstützt von besseren volkswirtschaftlichen Indikatoren und gestiegenen Wachstumserwartungen zeigte der Bankensektor in CEE im vergangenen Jahr insgesamt eine etwas höhere Dynamik. Zunächst manifestierte sich dieser Trend in Zuwächsen bei inländischen Krediten, die sich in der zweiten Hälfte 2013 tendenziell stabilisierten. So ist in CEE seit dem dritten Quartal 2013 eine anhaltend stabile Zunahme der Kreditvergabe zu beobachten, und die Dynamik des regionalen Kreditwachstums – nach wie vor unterstützt vom soliden Wachstum des russischen Bankensektors – profitiert zunehmend von den Aufwärtstendenzen des zentraleuropäischen Bankensektors. Darüber hinaus sind bei den Non-performing Loans (NPL) in CEE mit Ausnahme Südosteuropas Anzeichen einer Stabilisierung erkennbar.

Das Kreditwachstum erreichte in CEE in der zweiten Hälfte 2013 monatliche Wachstumsraten in der Größenordnung von 10 Prozent im Jahresvergleich und übertraf damit die schwachen Werte der Eurozone (minus 2,7 Prozent im Jahresvergleich) deutlich. Getrieben war dieser Trend vor allem durch die positiven Entwicklungen in CE, während SEE, wo nach wie vor keine Anzeichen für eine nachhaltige Rückkehr zu höheren Kreditwachstumsraten sprachen, deutlich abfiel. Hauptverantwortlich dafür waren die drei größten SEE-Märkte Kroatien, Rumänien und Serbien, deren Bankensektoren entweder stagnierten oder signifikant an Wachstumsdynamik verloren. Wie in der Vergangenheit korrelierte das Kreditwachstum in CEE stark mit dem Zuwachs an Aktiva. Nur wenige Länder (z. B. Polen, Ungarn, Serbien und Albanien) bildeten davon eine Ausnahme, indem die Aktiva stärker stiegen als das Kreditvolumen. Dies beruht jedoch weitgehend auf marktspezifischen Faktoren, so etwa auf der stark gestiegenen Nachfrage nach Unternehmensanleihen in Polen und gestiegenen (kurzfristigen) Beständen an Staatspapieren in Ungarn und Serbien.

Was das Wachstum der Einlagen betrifft, setzte sich der Trend des Vorjahres fort, dass in nahezu allen CEE-Märkten das Einlagenwachstum das Kreditwachstum übertraf. Allerdings verringerte sich der Unterschied zwischen Kredit- und Einlagenwachstum ein wenig, insbesondere in den Ländern der Region CE. Aufgrund des in fast allen CEE-Märkten soliden Verhältnisses der Kredite zu den Einlagen ist diese Entwicklung positiv zu sehen, da Einlagen allmählich in zinstragende Kredite überführt werden. Lediglich in SEE stiegen die Einlagen erneut deutlich stärker als die Kredite, sodass hier weiterhin eine ungünstige Relation vorliegt.

Bei der Asset-Qualität erlebte der CEE-Bankensektor 2013 eine weitere Differenzierung. So stabilisierte sich das Ausmaß der NPL in Russland und CE spürbar, auch wenn die Situation in Ungarn den Durchschnittswert negativ beeinflusste. Demgegenüber blieb die Asset-Qualität in SEE problematisch, da sich die NPL-Quoten – zumeist wegen des ungünstigen konjunkturellen Umfelds – weiter verschlechterten.

Die regional unterschiedlichen Trends bezüglich der Asset-Qualität spiegeln sich auch in divergierenden Rentabilitätszahlen der regionalen Bankensektoren deutlich wider. So blieben die Rentabilitätsindikatoren des Bankensektors in CE auf erfreulich gutem Niveau (ausgenommen Ungarn, wo die Ertragskraft des Bankensektors negativ ausfiel). Im russischen Bankenmarkt gab die Rentabilität zwar etwas nach, gehörte aber mit einer Eigenkapitalrendite von 16 Prozent (vor Steuern) im Jahr 2013 noch immer zu den höchsten in CEE. In SEE fiel die Rentabilität 2013 gering aus, zurückzuführen unter anderem auf die nachlassende Asset-Qualität, aber auch auf die schwache Kreditnachfrage im Neugeschäft.

Das insgesamt solide Wachstum in CEE resultierte in einem Anstieg der Bilanzsumme im CEE-Bankensektor von etwa € 2.350 Milliarden im Jahr 2012 auf fast € 2.500 Milliarden im Jahr 2013. Damit entfielen auf die CEE-Banken etwa 9 Prozent der gesamten Bankenaktiva in der Eurozone. Dies spricht weiterhin für Aufholpotenzial in vielen CEE-Märkten.

Finanz- und Ergebnisentwicklung

Der Konzernabschluss der RBI wird auf Basis der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, erstellt. Die RBI AG stellt außerdem einen Einzelabschluss nach österreichischem Unternehmensrecht (UGB) in Verbindung mit dem österreichischen Bankwesengesetz (BWG) auf, der die formale Bemessungsgrundlage für die Dividendenausschüttung und die Steuerbemessung darstellt. Betreffend die nach UGB und BWG geforderten Angaben wird auf die entsprechenden Kapitel in diesem Lagebericht und im Anhang verwiesen.

Ergebnisentwicklung

Die RBI erzielte 2013 einen Jahresüberschuss vor Steuern von € 835 Millionen. Der damit gegenüber dem Vorjahr verzeichnete Rückgang von € 203 Millionen beruhte überwiegend auf Sondereffekten im Jahr 2012, in dem aus dem Verkauf von Anleihen sowie aus dem Rückkauf von hybridem Kernkapital ein Ergebnis von insgesamt € 276 Millionen angefallen war. Einen deutlichen Zuwachs von 17 Prozent oder € 351 Millionen verzeichnete dabei das Betriebsergebnis. Diesem erfreulichen Resultat standen höhere Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen (plus € 140 Millionen), höhere Bankenabgaben und ein negatives Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten gegenüber. Der Jahresüberschuss nach Steuern lag in der Berichtsperiode um 20 Prozent oder € 149 Millionen unter dem Vorjahreswert. Unverändert blieb dabei die Steuerquote mit 28 Prozent. Durch den Rückgang des Jahresüberschusses nach Steuern sank der Return on Equity nach Steuern um 1,3 Prozentpunkte auf 5,7 Prozent. Nach Abzug des Ergebnisses der nicht beherrschenden Anteile, das sich um € 23 Millionen auf minus € 46 Millionen erhöhte, ergab sich ein Konzern-Jahresüberschuss von € 557 Millionen. Daraus resultierte ein Gewinn je Aktie von € 1,83 (Vorjahr: € 2,72) auf Basis von durchschnittlich 194,9 Millionen im Umlauf befindlichen Aktien.

Der Vorstand beschloss am 17. Februar 2014, der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2013 die Ausschüttung einer Dividende von € 1,02 je Aktie zu empfehlen. Da die im Zuge der Anfang 2014 durchgeführten Kapitalerhöhung emittierten neuen Aktien für das Geschäftsjahr 2013 voll dividendenberechtigt sind, würde daraus eine Gesamtauszahlung von bis zu € 299 Millionen resultieren.

Die Betriebserträge erhöhten sich im Jahresvergleich um 8 Prozent oder € 432 Millionen auf € 5.729 Millionen. Eine erfreuliche Entwicklung zeigte dabei der Zinsüberschuss, der trotz insgesamt geringerer Volumina einen Zuwachs von 7 Prozent oder € 257 Millionen auf € 3.729 Millionen verzeichnete. Dies lag an der deutlich verbesserten Nettozinsspanne, die sich (gerechnet auf die durchschnittlichen zinstragenden Aktiva) durch Repricing-Maßnahmen und die Optimierung der Liquiditätsposition um 46 Basispunkte auf 3,11 Prozent erhöhte. Aufgrund von Gebührenanpassungen und höherer Volumina verzeichnete auch der Provisionsüberschuss einen Anstieg von 7 Prozent auf € 1.626 Millionen. Ebenso stieg das Handelsergebnis durch Zuwächse im währungsbezogenen Geschäft im Berichtszeitraum um € 106 Millionen auf € 321 Millionen.

Die Verwaltungsaufwendungen nahmen im Jahresvergleich um 3 Prozent oder € 81 Millionen auf € 3.340 Millionen zu. Dieser Anstieg war vorwiegend auf die Einbeziehung und Integration der Polbank im Mai 2012 und auf Gehaltssteigerungen in Russland sowie auf die Wertminderung eines Software-Projekts in der Tschechischen Republik zurückzuführen. Positive Effekte ergaben sich hingegen in einigen Ländern aus den laufenden Kostensenkungsprogrammen. Die Anzahl der Geschäftsstellen sank im Jahresabstand um 81 auf 3.025, wofür vorwiegend die Optimierung des Filialnetzes in Polen im Zuge der Fusion mit der Polbank verantwortlich war. Aufgrund der höheren Betriebserträge verbesserte sich die Cost/Income Ratio um 3,2 Prozentpunkte auf 58,3 Prozent.

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen stiegen im Jahresvergleich um 14 Prozent oder € 140 Millionen auf € 1.149 Millionen. Dabei erhöhten sich die Nettodotierungen für Einzelwertberichtigungen um € 33 Millionen auf € 1.215 Millionen, während sich bei den Portfolio-Wertberichtigungen Nettoauflösungen in Höhe von € 52 Millionen ergaben.

Das Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten betrug minus € 257 Millionen gegenüber minus € 127 Millionen im Vorjahr. Zurückzuführen war dies teils auf Bewertungsverluste aus sonstigen Derivaten, teils auf den im Vorjahr erzielten Gewinn aus dem teilweisen Rückkauf von Hybridanleihen (€ 113 Millionen). Auch das Ergebnis aus Finanzinvestitionen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um € 261 Millionen auf € 58 Millionen. Ausschlaggebend dafür war vor allem das im Vorjahr verbuchte Ergebnis aus dem Verkauf von Anleihen der Konzernzentrale in Höhe von € 245 Millionen.

Bilanzentwicklung

Die Bilanzsumme der RBI nahm im Jahresverlauf um 4 Prozent oder € 5,5 Milliarden auf € 130,6 Milliarden ab. Ein Großteil dieses Rückgangs (rund € 3,4 Milliarden) war auf Währungseffekte zurückzuführen, die sich vorwiegend aus der Abschwächung des US-Dollars, des russischen Rubels, der tschechischen Krone und der ukrainischen Hryvna gegenüber dem Euro ergaben.

Aktivseitig gingen die Forderungen an Kunden (vor Abzug der Kreditrisikovorsorgen) um 3 Prozent oder € 2,7 Milliarden auf € 80,6 Milliarden zurück. Neben den erwähnten Währungseffekten war dies auch durch die verhaltene Kreditnachfrage bei Firmenkunden bedingt. Ebenso verringerten sich die kurzfristigen Forderungen aus Pensionsgeschäften und Wertpapierleihen um € 1,4 Milliarden, und auch die Handelsaktiva reduzierten sich um € 2,2 Milliarden. Passivseitig ging der Rückgang im Wesentlichen auf die verbrieften Verbindlichkeiten – sie reduzierten sich infolge von Tilgungen um netto € 1,8 Milliarden auf € 11,5 Milliarden – und auf die vorwiegend in der Konzernzentrale um € 3,6 Milliarden reduzierten Handelspassiva zurück.

Der Bestand an notleidenden Krediten an Kunden erhöhte sich im Jahresverlauf um € 0,5 Milliarden auf € 8,7 Milliarden. Währungseffekte bewirkten dabei einen Rückgang von € 0,2 Milliarden, womit der währungsbereinigte Zuwachs, der fast ausschließlich den Firmenkunden zurechenbar war, € 0,7 Milliarden betrug. Die größten Zuwächse verzeichneten dabei das Segment Group Corporates (plus € 0,5 Milliarden), Slowenien (plus € 0,1 Milliarden) und Rumänien (plus € 0,1 Milliarden), während der Bestand an notleidenden Krediten in der Ukraine um € 0,1 Milliarden abnahm. Die NPL Ratio, also das Verhältnis der notleidenden Kredite zu den gesamten Forderungen an Kunden, betrug im Berichtsjahr 10,7 Prozent nach 9,8 Prozent im Vorjahr. Den notleidenden Krediten standen Wertberichtigungen in Höhe von € 5,6 Milliarden gegenüber. Daraus resultierte eine NPL Coverage Ratio von 63,1 Prozent. Sie lag damit dank der höheren Besicherung und dem dadurch geringeren Wertberichtigungsbedarf bei neuen notleidenden Krediten um 3,9 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert.

Das Eigenkapital inklusive des Kapitals der nicht beherrschenden Anteile verzeichnete einen Rückgang von € 509 Millionen auf € 10.364 Millionen, das Gesamtergebnis belief sich auf € 137 Millionen. Dem Jahresüberschuss nach Steuern von € 603 Millionen standen Währungsabwertungen in Höhe von € 460 Millionen gegenüber. Kapitalmindernd wirkten weiters die Dividendenzahlungen von insgesamt € 485 Millionen für das Geschäftsjahr 2012. Davon entfielen € 228 Millionen auf Aktionäre der RBI, € 200 Millionen auf das Partizipationskapital sowie € 56 Millionen auf nicht beherrschende Anteile. Durch den Kauf von nicht beherrschenden Anteilen im Ausmaß von 25 Prozent an der Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb, ergab sich ein Eigenkapitaleffekt von minus € 161 Millionen.

Aufsichtsrechtliche Eigenmittel

Das Kernkapital nach Basel II verzeichnete im Berichtsjahr einen Rückgang von € 311 Millionen auf € 8.968 Millionen, vor allem bedingt durch Währungsabwertungen in Höhe von € 460 Millionen. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf € 12.686 Millionen.

Die erforderlichen Eigenmittel verringerten sich um € 234 Millionen auf € 6.392 Millionen. Für diesen Rückgang waren überwiegend das Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko (minus € 224 Millionen) und jenes für das operationelle Risiko (minus € 38 Millionen) verantwortlich. Neben Währungsabwertungen waren diese Rückgänge auch im leicht reduzierten Firmenkunden-Portfolio begründet.

Die Core Tier 1 Ratio (ohne Berücksichtigung des Hybridkapitals) blieb im Jahresabstand stabil bei 10,7 Prozent. Auch die Kernkapitalquote bezogen auf das Gesamtrisiko blieb unverändert bei 11,2 Prozent. Die Eigenmittelquote stieg um 0,3 Prozentpunkte auf 15,9 Prozent.

Hinsichtlich der Anfang 2014 durchgeführten Kapitalerhöhung wird auf das Kapitel Ereignisse nach dem Bilanzstichtag verwiesen.

Posten der Erfolgsrechnung im Detail

in € Millionen	2013	2012	Veränderung absolut	Veränderung in %
Zinsüberschuss	3.729	3.472	257	7,4%
Provisionsüberschuss	1.626	1.516	110	7,2%
Handelsergebnis	321	215	106	49,6%
Sonstiges betriebliches Ergebnis ¹	53	94	-41	-43,8%
Betriebserträge	5.729	5.297	432	8,2%
Personalaufwand ²	-1.632	-1.601	-31	1,9%
Sachaufwand	-1.277	-1.257	-20	1,6%
Abschreibungen	-431	-401	-30	7,5%
Verwaltungsaufwendungen²	-3.340	-3.258	-81	2,5%
Betriebsergebnis	2.389	2.039	351	17,2%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	-1.149	-1.009	-140	13,9%
Übrige Ergebnisse ³	-405	8	-413	-
Jahresüberschuss vor Steuern	835	1.037	-203	-19,5%
Steuern vom Einkommen und Ertrag ²	-232	-285	54	-18,8%
Jahresüberschuss nach Steuern	603	752	-149	-19,8%
Ergebnis der nicht beherrschenden Anteile	-46	-22	-23	104,5%
Konzern-Jahresüberschuss	557	730	-172	-23,6%

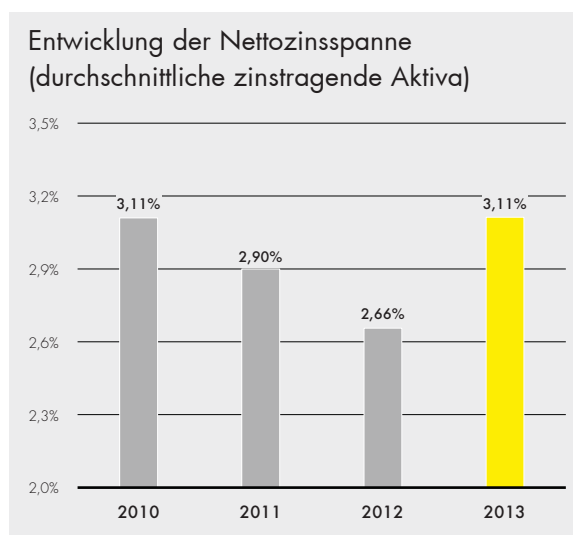
¹ Exkl. Wertminderungen auf Firmenwerte sowie Bankenabgaben.

² Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund der retrospektiven Anwendung von IAS 19R.

³ Inkl. Wertminderungen auf Firmenwerte sowie Bankenabgaben.

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss erhöhte sich 2013 trotz einer Verringerung der zinstragenden Aktiva um 7 Prozent oder €257 Millionen auf €3.729 Millionen. Zurückzuführen war dies auf einen Anstieg der Nettozinsspanne im Jahresabstand um 46 Basispunkte auf 3,11 Prozent. Dieser wiederum beruhte auf positiven Effekten von Repricing-Maßnahmen im Einlagenbereich und bei den Krediten sowie einer Optimierung der Liquiditätssituation (d. h. einer Reduktion bzw. Umschichtung der Liquidität), die primär in der Konzernzentrale stattfanden. Damit wurde der Rückgang der Zinserträge aufgrund niedrigerer Kreditvolumina zur Gänze durch geringere Zinsaufwendungen für Kundeneinlagen kompensiert. Der Zinsertrag aus derivativen Finanzinstrumenten erhöhte sich um 11 Prozent oder €41 Millionen auf €403 Millionen (überwiegend in der Konzernzentrale). Positiv entwickelte sich der Zinsüberschuss – insbesondere aufgrund der guten Entwicklung des Kreditgeschäfts – in Belarus und der Slowakei. Ebenso stieg der Zinsüberschuss in Polen, wo die Vergleichbarkeit zum Vorjahr aufgrund der unterschiedlichen Zuordnung einzelner zinstragender Transaktionen aufgrund der Integration der Polbank allerdings eingeschränkt ist. In der Tschechischen Republik hingegen sank der Zinsüberschuss durch Volumenrückgänge und niedrigere Margen infolge des stark kompetitiven Umfelds im Geschäft mit Privat- und Firmenkunden. In Ungarn wiederum sorgten gesunkene Kreditvolumina und Marktzinssätze sowie niedrigere Zinserträge aus derivativen Finanzinstrumenten und Wertpapieren für einen Rückgang des Zinsüberschusses. Der Rückgang des Zinsüberschusses in Rumänien war hauptsächlich auf gesunkene Marktzinssätze und rückläufige Zinserträge aus Wertpapieren zurückzuführen.

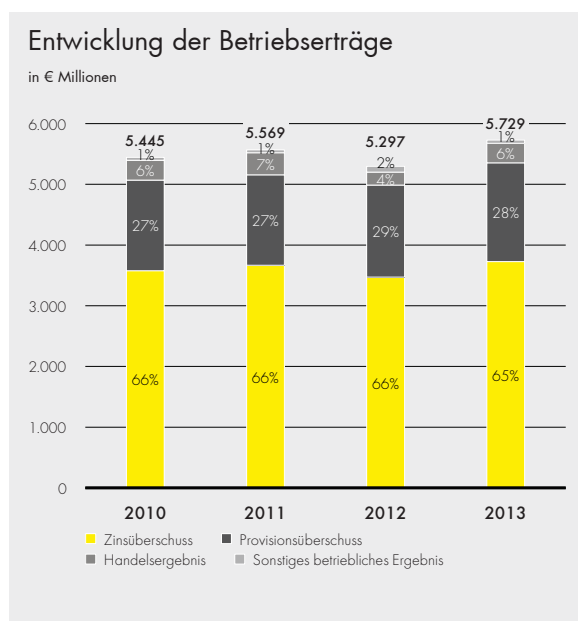


In Russland verursachten niedrigere Zinserträge aus derivativen Finanzinstrumenten, die sich aus der Umgliederung des Zinsanteils beim Neugeschäft ins Handelsbuch ergaben, einen Rückgang des Zinsüberschusses.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss stieg im Jahresvergleich um € 110 Millionen und steuerte damit 28 Prozent der Betriebserträge bei. Insbesondere stiegen hier die Ergebnisse aus dem Zahlungsverkehr sowie aus dem Wertpapiergeschäft. Der Zuwachs aus dem Zahlungsverkehr von € 68 Millionen ist vor allem auf Gebührenerhöhungen in Ungarn infolge der Einführung der Finanztransaktionssteuer, eine volumengetriebene Erhöhung der Erträge aus dem Kreditkartengeschäft in Russland sowie auf die Einbeziehung der Polbank zurückzuführen. Das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft wuchs volumenbedingt um 25 Prozent oder € 30 Millionen, wofür vor allem die positive Ergebnisentwicklung in der Konzernzentrale und in Ungarn verantwortlich war.

Das Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft verzeichnete vorrangig in Rumänien, der Tschechischen Republik und Polen einen volumen- und margenbedingten Zuwachs von 2 Prozent oder € 6 Millionen. Höhere Fondsvolumina – vor allem in der Slowakei und Kroatien – sorgten auch in der Verwaltung von Investment- und Pensionsfonds für einen Ergebnisanstieg von 18 Prozent oder € 4 Millionen. Ebenso legte das Ergebnis aus dem Kredit- und Garantiegeschäft – überwiegend aufgrund der Entwicklung in Russland sowie in der Konzernzentrale – um 1 Prozent oder € 3 Millionen zu, während das Ergebnis aus dem Verkauf von Eigen- und Fremdprodukten vor allem aufgrund des Geschäftsverlaufs in Russland um € 3 Millionen nachgab und jenes aus dem Kreditderivatgeschäft nahezu unverändert blieb. Das Ergebnis aus sonstigen Bankdienstleistungen zeigte in der Tschechischen Republik dank strukturierter Finanzierungen und in Ungarn die größten Zuwächse.



Handelsergebnis

Das Handelsergebnis verzeichnete 2013 einen Zuwachs von 50 Prozent oder € 106 Millionen auf € 321 Millionen. Dabei erzielten vor allem das währungsbezogene Geschäft (Zuwachs von € 53 Millionen), das sonstige Geschäft (Zuwachs von € 26 Millionen) sowie das aktien- und indexbezogene Geschäft (Zuwachs von € 21 Millionen) deutliche Ergebnissteigerungen. Das Ergebnis aus dem zinsbezogenen Geschäft legte ebenfalls um € 1 Million zu. Das Kreditderivatgeschäft stieg um € 6 Millionen, blieb aber weiterhin negativ.

Während das zinsbezogene Geschäft vorrangig in Ungarn, Polen und der Tschechischen Republik aufgrund von Bewertungsgewinnen aus derivativen Finanzinstrumenten zulegen konnte, war das Ergebnis aus Zinsswaps bedingt durch geringere Volumina in der Konzernzentrale rückläufig.

Das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft nahm um 25 Prozent oder € 53 Millionen auf € 262 Millionen zu. Hier verbuchten sowohl Russland mit € 90 Millionen als auch Ungarn mit € 51 Millionen positive Zinsergebnisse aus Derivatgeschäften zu Absicherungszwecken, während Polen einen Rückgang verzeichnete – dies allerdings gemessen an einem außerordentlich hohen Ertrag im Jahr 2012. Maßgeblichen Einfluss auf diesen Ergebnisbestandteil hatte die Anwendung des IAS 29 im Zusammenhang mit der Hochinflation-Rechnungslegung in Belarus, die das Handelsergebnis im Jahresvergleich nahezu unverändert mit € 22 Millionen belastete.

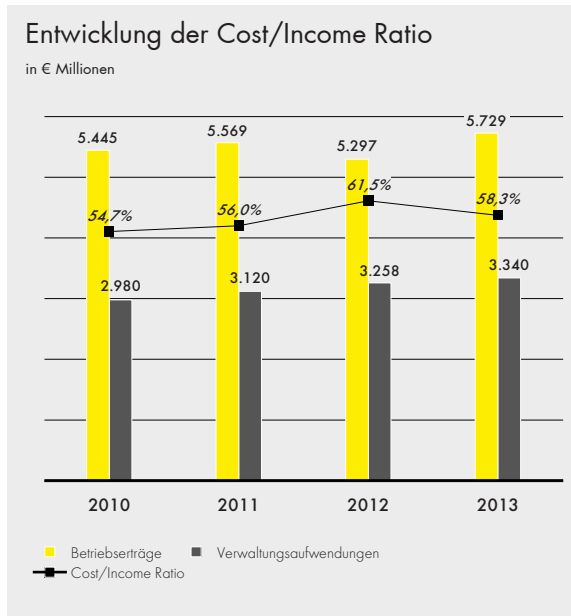
Der deutliche Zuwachs im Ergebnis aus dem sonstigen Geschäft – es verbesserte sich durch das gesunkene langfristige Zinsniveau von minus € 25 Millionen auf plus € 1 Million – beruhte insbesondere auf gegebenen Kapitalgarantien der Konzernzentrale. Im aktien- und indexbezogenen Geschäft kam es gleichfalls zu einer wesentlichen Ergebnisverbesserung um € 21 Millionen auf € 29 Millionen. Grundlage dafür war eine aufgrund geänderter Marktbedingungen vorgenommene Portfolioumschichtung von festverzinslichen Wertpapieren zu variabel verzinsten Titeln.

Der deutliche Zuwachs im Ergebnis aus dem sonstigen Geschäft – es verbesserte sich durch das gesunkene langfristige Zinsniveau von minus € 25 Millionen auf plus € 1 Million – beruhte insbesondere auf gegebenen Kapitalgarantien der Konzernzentrale. Im aktien- und indexbezogenen Geschäft kam es gleichfalls zu einer wesentlichen Ergebnisverbesserung um € 21 Millionen auf € 29 Millionen. Grundlage dafür war eine aufgrund geänderter Marktbedingungen vorgenommene Portfolioumschichtung von festverzinslichen Wertpapieren zu variabel verzinsten Titeln.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das sonstige betriebliche Ergebnis sank im Berichtsjahr um € 41 Millionen auf € 53 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war die in Ungarn neu eingeführte Finanztransaktionssteuer, die mit € 35 Millionen zu Buche schlug. Zusätzlich fiel das Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen aufgrund von Auflösungen von Rückstellungen für Rechtsfälle im Vorjahr niedriger aus. Weiters ergab sich ein Forderungsausfall im Warenhandel der F.J. Elsner Trading GmbH von € 6 Millionen. Die Auflösung einer Rückstellung für Umsatzsteuerverbindlichkeiten von € 11 Millionen in Polen sowie ein Anstieg im Ergebnis aus dem Operating Leasing positiv zum Ergebnis bei.

Verwaltungsaufwendungen



Die Verwaltungsaufwendungen der RBI stiegen im Berichtszeitraum um 3 Prozent oder € 81 Millionen auf € 3.340 Millionen, zum überwiegenden Teil zurückzuführen auf Anstiege in Russland, in der Tschechischen Republik und in Polen durch die im Mai 2012 erfolgte Einbeziehung und Integration der Polbank. Aufgrund der höheren Betriebsserträge verbesserte sich die Cost/Income Ratio aber um 3,2 Prozentpunkte auf 58,3 Prozent.

Personalaufwand

Die größte Position unter den Verwaltungsaufwendungen war mit einem Anteil von 49 Prozent der Personalaufwand, der sich im Berichtsjahr um 2 Prozent oder € 31 Millionen auf € 1.632 Millionen erhöhte. Dieser Anstieg wurde überwiegend durch die Einbeziehung der Polbank und durch Gehaltssteigerungen in Russland verursacht. Dämpfend wirkten hingegen Kostensenkungen und der Abbau von Mitarbeitern – die größten Reduktionen ergaben sich dabei in der Tschechischen Republik und in der Ukraine.

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter (ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten) sank im Jahresabstand um 1.857 Personen

auf 59.067. Die größten Rückgänge verzeichneten die Ukraine (minus 1.210), Rumänien (minus 411), Ungarn (minus 173) und Bulgarien (minus 128).

Sachaufwand

Der Sachaufwand erhöhte sich ebenfalls um 2 Prozent oder € 20 Millionen auf € 1.277 Millionen. Während es dabei in einigen Ländern zu Reduktionen kam, sorgten die Einbeziehung der Polbank, höhere IT-Aufwendungen vor allem in Polen und Russland, eine Intensivierung der Werbekampagnen in Russland sowie gestiegene Sachaufwendungen in Rumänien für eine Zunahme.

Die Anzahl der Geschäftsstellen sank im Vergleich zum Jahresende 2012 um 81 auf 3.025. Die größten Rückgänge wurden hier in Polen (minus 46), der Ukraine (minus 27) und Bulgarien (minus 15) verzeichnet.

Aufwendungen für Abschreibungen

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte stiegen im Vergleich zum Vorjahr um € 30 Millionen auf € 431 Millionen (2012: € 401 Millionen). Dabei verzeichneten die Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte bedingt durch die Wertminderung eines Kernbankensystems in der Tschechischen Republik mit einem Plus von € 40 Millionen auf € 219 Millionen den größten Anstieg.

Im Berichtszeitraum investierte die RBI konzernweit € 451 Millionen in Anlagevermögen. Davon flossen 47 Prozent (€ 209 Millionen) in eigene Sachanlagen. Auf Investitionen in immaterielle Vermögenswerte, die zum überwiegenden Teil Software-Projekte betrafen, entfielen 43 Prozent. Der Rest wurde in Vermögenswerte des operativen Leasinggeschäfts investiert.

Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen nahmen im Jahresvergleich um 14 Prozent oder € 140 Millionen auf € 1.149 Millionen zu. Dabei erhöhten sich die Nettodotierungen für Einzelwertberichtigungen um € 33 Millionen auf € 1.215 Millionen, während sich bei den Portfolio-Wertberichtigungen erneut Nettoauflösungen ergaben. Diese blieben 2013 mit € 52 Millionen allerdings um € 112 Millionen unter dem Vorjahreswert von € 164 Millionen. Im Posten Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen sind zudem Erlöse aus dem Verkauf von wertberichtigten Krediten in Höhe von € 14 Millionen (2012: € 9 Millionen) enthalten.

Ein im Vergleich zum Vorjahr um € 145 Millionen höherer Wertberichtigungsbedarf ergab sich im Segment Group Corporates, in dem diverse Kredite an Großkunden notleidend wurden. In Russland wurden sowohl für Großkunden als auch für Retail-Kunden Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen von insgesamt € 48 Millionen gebildet, nachdem hier im Vorjahr noch Nettoauflösungen von € 16 Millionen verbucht worden waren. Ebenso wurden in Slowenien im Jahresvergleich netto um € 31 Millionen mehr an Kreditrisikovorsorgen gebildet, vor allem aufgrund von notleidend gewordenen Krediten und einer Aktualisierung der Sicherheitsbewertung. Ein positiver Trend zeichnete sich in Ungarn und Polen ab, wo die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen deutlich niedriger ausfielen als im Vorjahr: Ungarn verzeichnete einen Rückgang der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen von € 89 Millionen, Polen eine Verbesserung um € 41 Millionen.

Die Neubildungsquote – das Verhältnis der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen zu den durchschnittlichen Forderungen an Kunden – erhöhte sich um 0,18 Prozentpunkte auf 1,39 Prozent.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten betrug minus € 257 Millionen gegenüber minus € 127 Millionen im Vorjahr. Zurückzuführen war dies teils auf Bewertungsverluste aus sonstigen Derivaten, teils auf den im Vorjahr erzielten Gewinn aus dem teilweisen Rückkauf von Hybridanleihen (€ 113 Millionen). Dem stand ein verbessertes Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten gegenüber. Hier führten gestiegene Zinssätze zu einem positiven Bewertungsergebnis der eigenen Emissionen, darüber hinaus ergab die Bewertung des Credit Spreads mit minus € 126 Millionen einen geringeren negativen Effekt als im Vorjahr (minus € 145 Millionen). Grund dafür war die fortgesetzte Beruhigung der Finanzmärkte, die zu einer Verringerung der Credit-Default-Swap-Aufschläge der RBI führte.

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um € 261 Millionen auf € 58 Millionen. Ausschlaggebend dafür war vor allem das im Vorjahr verbuchte Ergebnis von € 163 Millionen aus dem Verkauf von hochqualitativen Anleihen aus dem zur Veräußerung verfügbaren Wertpapierbestand der Konzernzentrale. Auch das Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Wertpapieren reduzierte sich um € 129 Millionen auf € 26 Millionen. Dabei entfiel auf die Bewertung von Wertpapieren des Fair-Value-Bestands ein Gewinn von € 7 Millionen, während hier im Vergleichsjahr Gewinne in Höhe von € 73 Millionen angefallen waren. Dabei kam es in der Konzernzentrale zu deutlichen Bewertungsverlusten aus Anleihen, in der Ukraine und in Ungarn hingegen wurden Bewertungsgewinne aus Staatsanleihen bzw. Kommunalschuldverschreibungen verbucht. Das Ergebnis aus der Veräußerung von Wertpapieren aus dem Fair-Value-Bestand belief sich auf € 19 Millionen nach € 82 Millionen im Vorjahr, die überwiegend in der Konzernzentrale lukriert worden waren. Von im Berichtsjahr erzielten Veräußerungsgewinnen entfielen € 12 Millionen auf Rumänien aufgrund des Verkaufs von Staatsanleihen.

Das Ergebnis aus Unternehmensanteilen betrug € 29 Millionen und verbesserte sich damit gegenüber dem Vorjahr um € 30 Millionen. Veräußerungsgewinnen von € 51 Millionen – sie stammten überwiegend aus der Veräußerung von VISA- und MasterCard-Aktien in Russland und der Ukraine – standen Bewertungsverluste (Abschreibungen auf Beteiligungen) in Höhe von unverändert € 22 Millionen gegenüber.

Das Ergebnis aus bis zur Endfälligkeit zu haltenden Wertpapieren belief sich auf € 3 Millionen (2012: € 1 Million) und beruhte überwiegend auf Veräußerungsgewinnen aus Staatsanleihen in der Slowakei und in der Konzernzentrale.

Ergebnis aus Endkonsolidierungen

Im Berichtsjahr resultierte aus der Endkonsolidierung von sieben Tochterunternehmen ein Verlust von € 6 Millionen, während es im Vorjahr aufgrund des Ausscheidens von zehn Tochterunternehmen aus dem Konsolidierungskreis zu einem positiven Ergebnis von € 12 Millionen gekommen war. Dabei schieden drei Unternehmen aufgrund von Unwesentlichkeit, ein Unternehmen durch Verkauf und jeweils ein Unternehmen wegen Stilllegung bzw. Liquidation aus dem Konsolidierungskreis aus. Die Gesellschaften waren überwiegend im Leasing- sowie im Investment- und Wertpapiergeschäft tätig.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag verringerten sich im Jahresvergleich um € 54 Millionen auf € 232 Millionen. Ausschlaggebend für den Rückgang waren ein Ertrag aus der Steuerumlage mit der RZB AG in Höhe von € 45 Millionen sowie ein Einmal-effekt – Auflösung einer latenten Steuerverbindlichkeit von € 12 Millionen – in Rumänien. Die rechnerische Steuerquote blieb mit 28 Prozent unverändert.

Ergebnis im Quartalsvergleich

in € Millionen	Q4/2013	Q3/2013	Veränderung absolut	Veränderung in %
Zinsüberschuss	953	940	12	1,3%
Provisionsüberschuss	424	417	6	1,5%
Handelsergebnis	81	100	- 19	- 19,1%
Sonstiges betriebliches Ergebnis ¹	5	- 3	8	-
Betriebserträge	1.462	1.454	8	0,5%
Personalaufwand	- 405	- 411	6	- 1,5%
Sachaufwand	- 357	- 304	- 53	17,4%
Abschreibungen	- 147	- 97	- 50	51,7%
Verwaltungsaufwendungen	- 910	- 813	- 97	11,9%
Betriebsergebnis	552	641	- 89	- 13,9%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 350	- 330	- 19	5,8%
Übrige Ergebnisse ²	- 64	- 82	18	- 21,8%
Periodenüberschuss vor Steuern	138	229	- 91	- 39,6%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	4	- 80	84	-
Periodenüberschuss nach Steuern	142	149	- 7	- 4,7%
Ergebnis der nicht beherrschenden Anteile	4	- 15	19	-
Konzern-Periodenüberschuss	146	134	12	8,8%

¹ Exkl. Abschreibungen auf Firmenwerte sowie Bankenabgaben.

² Inkl. Abschreibungen auf Firmenwerte sowie Bankenabgaben.

Zinsüberschuss

Im Vergleich zum dritten Quartal 2013 stieg der Zinsüberschuss im vierten Quartal 2013 um 1,3 Prozent oder € 12 Millionen auf € 953 Millionen. Auch die Nettozinsspanne verbesserte sich im Quartalsvergleich um 6 Basispunkte auf 3,21 Prozent. Hauptgrund für diese Entwicklung war eine Verbesserung der aktivseitigen Margen sowohl im Firmen- als auch im Retail-Kundengeschäft.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss verzeichnete gegenüber dem dritten Quartal 2013 einen Anstieg von € 6 Millionen auf € 424 Millionen. Den größten Zuwachs gab es dabei mit € 7 Millionen dank Volumensteigerungen in Rumänien und Russland im Ergebnis aus dem Kredit- und Garantiegeschäft, gefolgt vom Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft mit plus € 4 Millionen. Auch das Ergebnis aus sonstigen Bankdienstleistungen und das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr verbesserten sich jeweils um € 2 Millionen. Das Ergebnis aus der Verwaltung von Investment- und Pensionsfonds verringerte sich hingegen um € 5 Millionen, das Ergebnis aus dem Verkauf von Eigen- und Fremdprodukten um € 2 Millionen und jenes aus dem Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft um € 1 Million.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis sank im Quartalsvergleich um € 19 Millionen auf € 81 Millionen. Diese Entwicklung war vor allem auf einen Rückgang im währungsbezogenen Geschäft in Russland zurückzuführen. Ebenso trug Belarus infolge der Anwendung des IAS 29 (Rechnungslegung für Hochinflationen) zum rückläufigen Ergebnis bei. Gegenläufig entwickelte sich das zinsbezogene Geschäft, das vorrangig in Ungarn aufgrund von Gewinnen bei derivativen Finanzinstrumenten stieg. Das Ergebnis aus dem sonstigen Geschäft wiederum verringerte sich aufgrund der Bewertung der gegebenen Kapitalgarantien um € 6 Millionen.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das sonstige betriebliche Ergebnis betrug im vierten Quartal plus € 5 Millionen, im dritten Quartal war es bei minus € 3 Millionen gelegen. Die Aufwendungen für die neu eingeführte Finanztransaktionssteuer in Ungarn waren im vierten Quartal volumenbedingt geringer.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen lagen im vierten Quartal 2013 mit € 910 Millionen um € 97 Millionen über dem Wert des Vorquartals. Während dabei der Personalaufwand um € 6 Millionen auf € 405 Millionen sank, erhöhte sich der Sachaufwand durch einen saisonal bedingten Anstieg des Werbe- und Repräsentationsaufwands sowie des IT-Aufwands um € 53 Millionen auf € 357 Millionen. Die Abschreibungen auf Sachanlagen lagen im vierten Quartal mit € 147 Millionen ebenfalls um € 50 Millionen über dem Wert des Vergleichs quartals. Dies war auf die Wertminderung für ein Software-Projekt in der Tschechischen Republik zurückzuführen.

Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen stiegen gegenüber dem dritten Quartal, das im Vergleich zu den vorangegangenen Quartalen bereits deutlich höhere Nettodotierungen von € 330 Millionen aufgewiesen hatte, um € 19 Millionen auf € 350 Millionen an. Deutliche Zuwächse waren dabei in Ungarn, der Tschechischen Republik, Bulgarien und Slowenien zu verbuchen. Aufgrund einzelner Fälle bei Großkunden ergab sich im Segment Group Corporates ein Wertberichtigungsbedarf von € 50 Millionen, der jedoch signifikant unter dem Vorquartalswert von € 105 Millionen lag.

Der Bestand der notleidenden Kredite an Kunden erhöhte sich im vierten Quartal um € 180 Millionen auf € 8.657 Millionen. Da Währungseffekte hier zu einem Rückgang von € 56 Millionen führten, ergab sich ein währungsbereinigter Zuwachs von € 236 Millionen, für den überwiegend das Segment Group Corporates verantwortlich war.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten verbesserte sich im vierten Quartal um € 42 Millionen auf minus € 14 Millionen. Einen Anstieg zeigte dabei das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Emissionen, da gestiegene Zinssätze hier zu einem positiven Bewertungsergebnis führten. Ebenso verbesserte sich die Bewertung aus dem Credit Spread für eigene Emissionen im vierten Quartal um € 13 Millionen, und auch das Bewertungsergebnis aus sonstigen Derivaten nahm im Quartalsvergleich zu.

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

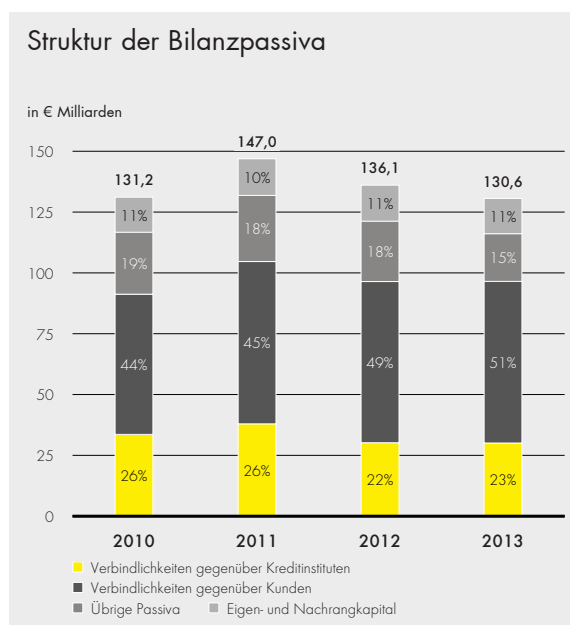
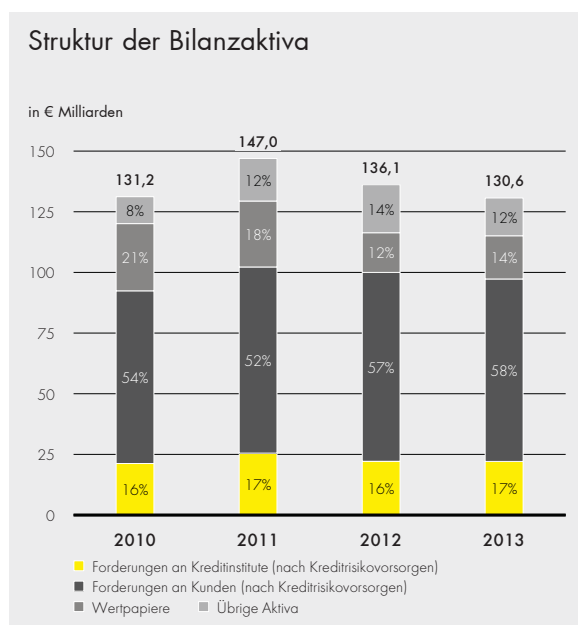
Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen betrug im vierten Quartal 2013 minus € 15 Millionen (Q3/2013: plus € 9 Millionen). Für diesen Rückgang waren einerseits höhere Bewertungsverluste aus Wertpapieren des Fair-Value-Bestands, andererseits niedrigere Veräußerungsergebnisse aus Unternehmensanteilen und Wertpapieren des Fair-Value-Bestands verantwortlich.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Im vierten Quartal 2013 ergab sich ein Steuerertrag von € 4 Millionen gegenüber einem Steueraufwand von € 80 Millionen im vorangegangenen Quartal. Ausschlaggebend für diese Veränderung waren die im vierten Quartal erfolgte Buchung eines Ertrags aus der Steuerumlage mit der RZB AG in Höhe von € 45 Millionen sowie niedrigere Quartalsergebnisse diverser Konzerneinheiten mit höherer Steuerquote (insbesondere Tschechische Republik und Russland).

Bilanz

Die Bilanzsumme der RBI ging im Verlauf des Jahres 2013 um 4 Prozent oder € 5,5 Milliarden auf € 130,6 Milliarden zurück. Davon entfielen auf Währungseffekte rund € 3,4 Milliarden, die vor allem auf den US-Dollar (minus 3 Prozent) sowie einige CEE-Währungen (russischer Rubel: minus 12 Prozent, tschechische Krone: minus 9 Prozent, ukrainische Hryvna: minus 5 Prozent) zurückgingen. Ebenso wurde die Optimierung der Liquiditätsposition im Berichtsjahr weiter vorangetrieben.



Aktiva

Die Forderungen an Kunden (vor Abzug der Kreditrisikovorsorgen) sanken im Berichtszeitraum um 3 Prozent oder € 2,7 Milliarden auf € 80,6 Milliarden. Dabei verringerten sich die Forderungen aus Pensionsgeschäften und Wertpapierleihen um € 1,4 Milliarden, und auch das Kreditgeschäft mit Firmenkunden ging – insbesondere aufgrund der Entwicklung in Österreich, Russland und Ungarn – um € 3,2 Milliarden auf € 52,2 Milliarden zurück. Die Kredite an den öffentlichen Sektor nahmen hingegen, vor allem durch Geschäft in Ungarn, um € 0,3 Milliarden zu. Leichte Zuwächse wurden auch bei Krediten an Retail-Kunden verzeichnet. Während dabei das Retail-Geschäft in Russland (plus € 0,8 Milliarden) stark ausgebaut wurde, nahm das Kreditvolumen in Polen um € 0,5 Milliarden ab.

Das Interbankengeschäft blieb im Berichtszeitraum mit € 22,1 Milliarden stabil. Dabei ging das Geldmarktgeschäft – überwiegend in der Konzernzentrale – durch die fortgesetzte Optimierung der Liquidität um € 1,1 Milliarden zurück. Die langfristigen Forderungen stiegen – vorwiegend in der Konzernzentrale – um € 0,5 Milliarden, und auch die Forderungen aus Pensionsgeschäften und Wertpapierleihen nahmen um € 0,5 Milliarden zu.

Der Stand an Kreditrisikovorsorgen belief sich im Berichtsjahr unverändert auf € 5,6 Milliarden, von denen € 5,5 Milliarden auf Forderungen an Kunden und € 0,1 Milliarden auf Forderungen an Kreditinstitute entfielen.

Die Position Wertpapiere erhöhte sich – vor allem aufgrund von Anleihekäufen für Liquiditätszwecke in der Konzernzentrale – um € 1,5 Milliarden. Der Rückgang von € 4,2 Milliarden in den übrigen Aktiva war vor allem auf die Reduktion der Derivate im Ausmaß von € 4,0 Milliarden zurückzuführen. Hier kam es zu vorzeitiger Aufrechnung mit Kontraktpartnern.

Passiva

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden blieben im Jahresvergleich mit € 66,4 Milliarden stabil. Während hier die Einlagen von Firmenkunden – überwiegend in der Konzernzentrale – um € 2,3 Milliarden (Repo-Geschäft plus € 0,6 Milliarden) wuchsen, sanken jene von Retail-Kunden um € 1,7 Milliarden und jene des öffentlichen Sektors um € 0,3 Milliarden. Die größten Rückgänge bei den Einlagen von Retail-Kunden wurden in Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik verzeichnet.

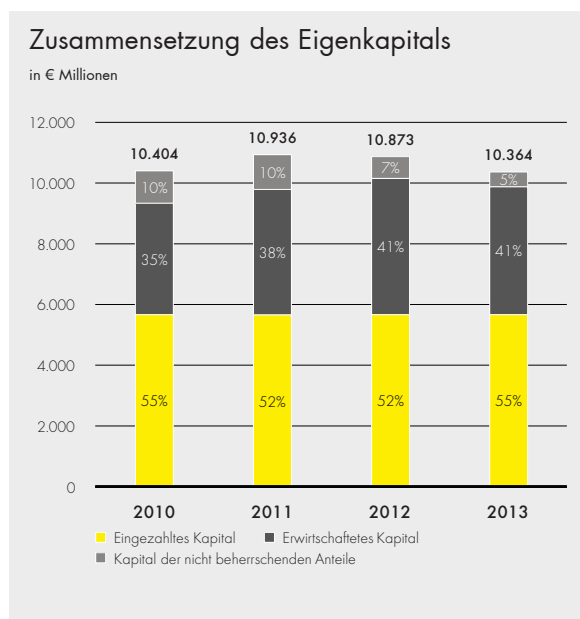
Obwohl das Refinanzierungsvolumen der RBI über Kreditinstitute (überwiegend Geschäftsbanken) mit € 30,1 Milliarden auf Vorjahresniveau blieb, ergab sich innerhalb der Refinanzierungen eine Umschichtung von langfristigen zu kurzfristigen Einlagen.

Die übrigen Passiva - ohne Nachrangkapital - reduzierten sich um € 5,2 Milliarden auf € 19,6 Milliarden. Dabei sanken die verbrieften Verbindlichkeiten um € 1,8 Milliarden auf € 11,5 Milliarden - hauptsächlich bedingt durch den geringeren Refinanzierungsbedarf, der auch vorzeitige Tilgungen ermöglichte. So wurden durch das Angebot der vorzeitigen Rückzahlung einer 2014 fälligen staatsgarantierten Anleihe im Rahmen eines Tenders € 0,6 Milliarden vorzeitig getilgt. Die Handelsderivate wurden im Rahmen vorzeitiger Aufrechnung mit Kontraktpartnern vorwiegend in der Konzernzentrale um € 3,4 Milliarden reduziert.

Eigenkapital

Bilanzielles Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital der RBI ging im Berichtszeitraum gegenüber dem Jahresultimo 2012 um € 509 Millionen auf € 10.364 Millionen zurück.



Dabei sank das Konzern-Eigenkapital, bestehend aus gezeichnetem Kapital, Partizipationskapital, Kapitalrücklagen und Gewinnrücklagen, um € 102 Millionen auf € 9.322 Millionen. Die Gewinnthesaurierung aus dem Geschäftsjahr 2012 betrug € 302 Millionen. Einen weiteren Beitrag von minus € 450 Millionen lieferte das sonstige Ergebnis: Währungsdifferenzen bewirkten hier einen negativen Effekt von € 440 Millionen, zusätzlich betrug das Bewertungsergebnis aus der Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten - überwiegend aufgrund von Verkäufen und der folgenden Umgliederung der Ergebnisse in die Erfolgsrechnung - minus € 35 Millionen. Darauf wurden latente Steuern von € 7 Millionen gebildet. Weiters ergab die Anwendung der Rechnungslegung für Hochinflationen einen positiven Effekt von € 27 Millionen.

Im Juni 2013 beschloss die Hauptversammlung der RBI AG die Ausschüttung einer Dividende von € 1,17 pro Aktie für das Geschäftsjahr 2012. Daraus ergab sich eine Auszahlung von insgesamt € 228 Millionen. Weiters wurde auf das Partizipationskapital eine Dividende in Höhe von € 200 Millionen ausbezahlt.

Der Konzern-Jahresüberschuss steuerte im Berichtsjahr € 557 Millionen zum Eigenkapital bei.

Das Kapital der nicht beherrschenden Anteile reduzierte sich 2013 um € 234 Millionen auf € 485 Millionen. Dies war überwiegend auf den Kauf von nicht beherrschenden Anteilen von 25 Prozent an der Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb, zurückzuführen. Weiters wurden im Berichtsjahr Dividenden in Höhe von € 56 Millionen an Minderheitengeschafter ausgeschüttet.

Eigenmittel gemäß BWG

Die RBI bildet keine eigene Kreditinstitutsgruppe im Sinn des BWG und unterliegt daher als Konzern selbst nicht den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen für Bankengruppen, da sie Teil der RZB-Kreditinstitutsgruppe ist. Die nachfolgend dargestellten konsolidierten Werte wurden nach den Bestimmungen des BWG ermittelt und gehen in die Berechnung der RZB-Kreditinstitutsgruppe ein.

Das Kreditrisiko wird mehrheitlich nach dem auf internen Ratings basierenden Ansatz (Basis-IRB-Ansatz) gemäß § 22 BWG berechnet. Dies betrifft nahezu das gesamte Non-Retail-Geschäft in der RBI AG sowie in den Tochtergesellschaften in Kroatien, Malta, Rumänien, Russland, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Ungarn und den USA. Ein Großteil des Risikos aus Forde-

rungen an Privatkunden in der Slowakei, der Tschechischen Republik, Ungarn und Rumänien wird nach dem Advanced-IRB-Ansatz berechnet. Das Marktrisiko wird überwiegend nach dem Standardansatz berechnet, in der RBI AG erfolgt die Berechnung teilweise nach dem internen Modell.

Die konsolidierten Eigenmittel gemäß BWG betragen per 31. Dezember 2013 € 12.686 Millionen. Dies entspricht einem Rückgang von € 200 Millionen im Berichtsjahr.

Dabei sank das Kernkapital um 3,4 Prozent oder € 311 Millionen auf € 8.968 Millionen, hervorgerufen vor allem durch die negative Entwicklung des russischen Rubels, der ukrainischen Hryvna, der tschechischen Krone und des polnischen Zloty. Ein weiterer negativer Effekt ergab sich aus dem Kauf der Minderheitenanteile von 25 Prozent an der Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb, im Juli 2013. Der Gewinn des Geschäftsjahres ist in der Berechnung enthalten, es wurden jedoch die voraussichtlich auszubezahlenden Dividenden für das Geschäftsjahr 2013 bereits abgezogen.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die ergänzenden Eigenmittel um € 47 Millionen auf € 3.387 Millionen. Sie bestehen im Wesentlichen aus dem langfristigen nachrangigen Kapital, von dem mit € 2.977 Millionen der größte Teil auf die RBI AG entfiel, und dem berücksichtigungsfähigen Risikovorsorgeüberschuss für IRB-Positionen von € 221 Millionen.

Das kurzfristige nachrangige Kapital stieg um € 55 Millionen auf € 357 Millionen. Die Abzugsposten betreffend Beteiligungen, Verbriefungen und Versicherungen ergaben insgesamt € 26 Millionen (2012: € 36 Millionen).

Den Eigenmitteln stand ein um € 234 Millionen verringertes Eigenmittelerfordernis von € 6.392 Millionen gegenüber. Auf das Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko entfielen dabei € 5.227 Millionen und damit um 4 Prozent oder € 224 Millionen weniger als im Vorjahr. Davon wurden € 2.278 Millionen nach dem Standardansatz und € 2.949 Millionen nach dem IRB-Ansatz berechnet. Das Erfordernis für das Positionsrisiko in Schuldtiteln, Substanzwerten und Waren stieg um € 24 Millionen auf € 297 Millionen, das Eigenmittelerfordernis für das Positionsrisiko in Fremdwährungen blieb hingegen nahezu unverändert. Das Erfordernis für das operationelle Risiko betrug € 808 Millionen und liegt damit um 4 Prozent oder € 38 Millionen unter dem Vorjahreswert.

Per Saldo erhöhte sich die Überdeckung damit um 4,0 Prozentpunkte auf 98,5 Prozent oder € 6.294 Millionen.

Die Kernkapitalquote – bezogen auf das Kreditrisiko – betrug 13,7 Prozent. Gemessen am gesamten Risiko ergab sich eine Core Tier 1 Ratio von 10,7 Prozent und eine Kernkapitalquote von 11,2 Prozent. Die Eigenmittelquote erreichte 15,9 Prozent.

Hinsichtlich der Anfang 2014 durchgeführten Kapitalerhöhung wird auf das Kapitel Ereignisse nach dem Bilanzstichtag verwiesen.

Forschung und Entwicklung

Die RBI ist als Bank auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung im engeren Sinn prinzipiell nicht tätig.

Im Rahmen des Financial Engineering entwickelt sie jedoch für ihre Kunden maßgeschneiderte Lösungen im Zusammenhang mit Investitionen, Finanzierungen oder der Risikoabsicherung. Das Financial Engineering umfasst – neben strukturierten Investment-Produkten – insbesondere strukturierte Finanzierungen, also Finanzierungskonzepte, die über den Einsatz von Standardinstrumenten hinausgehen und etwa in der Akquisitions- oder Projektfinanzierung eingesetzt werden. Ebenso entwickelt die RBI für ihre Kunden individuelle Lösungen zur Absicherung der unterschiedlichsten Risiken, vom Zinsrisiko über das Währungsrisiko bis hin zum Rohstoffpreisisiko. Neben dem Financial Engineering arbeitet die RBI im Cash Management aktiv an der Weiterentwicklung integrierter Produktlösungen für den internationalen Zahlungsverkehr.

Internes Kontroll- und Risikomanagement-System im Hinblick auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess

Eine ausgewogene und vollständige Finanzberichterstattung ist für die RBI und ihre Organe ein wichtiges Ziel. Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist dabei eine selbstverständliche Grundvoraussetzung. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des Unternehmens entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagement-Systems im Hinblick auf den gesamten Rechnungslegungsprozess. Ziel dieses internen Kontrollsystems ist es, das Management dadurch zu unterstützen, dass es effektive und laufend verbesserte interne Kontrollen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung gewährleistet. Das Kontrollsystem ist neben der Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften auch auf die Schaffung optimaler Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen ausgerichtet.

Basis für die Erstellung des Konzernabschlusses sind die einschlägigen österreichischen Gesetze, allen voran das BWG und das österreichische Unternehmensgesetzbuch (UGB), in denen die Aufstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses geregelt wird. Die Rechnungslegungsnorm für den Konzernabschluss bilden die International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie von der EU übernommen wurden.

Kontrollumfeld

Für die RBI und die übergeordnete RZB besteht bereits seit Jahren ein internes Kontrollsystem mit einem Anweisungswesen in Form von Directives und Instructions für strategisch wichtige Themenbereiche als zentralem Element. Dies umfasst

- die Kompetenzordnung für die Genehmigung von Konzern- und Unternehmensdirektiven sowie Abteilungs- und Bereichsanweisungen,
- Prozessbeschreibungen für die Erstellung, Qualitätsüberprüfung, Genehmigung, Veröffentlichung, Implementierung und Überwachung von Direktiven und Anweisungen sowie
- Regelungen für die Überarbeitung bzw. die Außerkraftsetzung von Direktiven und Anweisungen.

Für die Implementierung der Konzernanweisungen ist das Management der jeweiligen Konzerneinheiten verantwortlich. Die Überwachung der Einhaltung dieser Konzernregelungen erfolgt im Rahmen von Revisionsprüfungen durch die Konzern- und die lokale Revision.

Erstellt wird der Konzernabschluss in der Abteilung Group Financial Reporting, die im Bereich des Finanzvorstands angesiedelt ist. Die zugehörigen Verantwortlichkeiten sind im Rahmen einer eigenen Konzernfunktion konzernweit definiert.

Risikobeurteilung

Wesentliche Risiken in Bezug auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess werden durch den Vorstand evaluiert und überwacht. Komplexe Bilanzierungsgrundsätze können zu einem erhöhten Fehlerrisiko führen, dasselbe gilt für uneinheitliche Grundsätze für die Bewertung, insbesondere für die im Konzern essenziellen Finanzinstrumente. Darüber hinaus birgt auch ein schwieriges Geschäftsumfeld das Risiko wesentlicher Fehler in der Berichterstattung. Für verschiedene Aktiv- und Passivposten, für die kein verlässlicher Marktwert ermittelbar ist, müssen im Rahmen der Erstellung eines Konzernabschlusses Schätzungen vorgenommen werden. Dies gilt speziell für das Kreditgeschäft, das Sozialkapital sowie die Werthaltigkeit von Wertpapieren, Beteiligungen und Firmenwerten.

Kontrollmaßnahmen

Die Erstellung der Einzelabschlüsse erfolgt dezentral in den jeweiligen Konzerneinheiten nach den Vorgaben der RZB. Die für das Rechnungswesen verantwortlichen Mitarbeiter und Geschäftsleiter der Konzerneinheiten sind für die vollständige Abbildung und korrekte Bewertung aller Transaktionen verantwortlich. Durch abweichende Berichtsstichtage und unterschiedliche lokale Rechnungslegungsstandards können die lokalen Einzelabschlüsse von den an die RBI gelieferten Werten abweichen. Es liegt in der Verantwortung der jeweiligen lokalen Geschäftsführung, dass die vorgeschriebenen internen Kontrollmaßnahmen, z. B. Funktionstrennungen oder das Vier-Augen-Prinzip, umgesetzt werden.

Konzernkonsolidierung

Die Übermittlung der Abschlussdaten, die von einem externen Wirtschaftsprüfer geprüft werden, erfolgt überwiegend durch Direkt eingabe oder automatisierte Übertragung in das Konsolidierungssystem IBM Cognos Controller jeweils bis Ende Jänner des Folgejahres. Das System ist in Bezug auf die IT-Sicherheit durch die restriktive Vergabe von Berechtigungen geschützt.

Die von den Konzerneinheiten eingelangten Abschlussdaten werden in der Abteilung Group Financial Reporting durch den für die jeweilige Konzerneinheit verantwortlichen Key Account Manager zunächst auf Plausibilität überprüft. Kontrollaktivitäten auf Konzernebene umfassen die Analyse und gegebenenfalls die Anpassung der von den Konzerneinheiten vorgelegten Finanzabschlüsse. Dabei werden die vom Abschlussprüfer vorgelegten Berichte und die Ergebnisse der Abschlussbesprechungen mit Vertretern der Einzelgesellschaften berücksichtigt. In den Gesprächen werden sowohl die Plausibilität der Einzelabschlüsse als auch kritische Einzelsachverhalte der Konzerneinheiten diskutiert.

Im Konsolidierungssystem IBM Cognos Controller erfolgen dann die weiteren Konsolidierungsschritte. Diese umfassen u. a. die Kapitalkonsolidierung, die Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie die Schuldenkonsolidierung. Abschließend werden allfällige Zwischengewinne durch Konzernbuchungen eliminiert. Die Erstellung der nach IFRS und BWG/UGB geforderten Anhangangaben bildet den Abschluss der Konsolidierung.

Zusätzlich zum Vorstand umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene (Abteilungsleiter). Sämtliche Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewendet, um sicherzustellen, dass potenzielle Fehler oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vermieden bzw. entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der Periodenergebnisse durch das Management bis hin zur spezifischen Überleitung von Konten und zur Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen.

Der Konzernabschluss wird samt dem Lagebericht im Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats behandelt und darüber hinaus dem Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Er wird im Rahmen des Geschäftsberichts, auf der firmeneigenen Internetseite sowie im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht und zuletzt zum Firmenbuch eingereicht.

Information und Kommunikation

Grundlage für den Konzernabschluss sind standardisierte, konzernweit einheitliche Formulare. Die Bilanzierungs- und Bewertungsstandards sind dabei im RZB Group Accounts Manual definiert sowie erläutert und für die Erstellung der Abschlussdaten verbindlich. Die Anweisungen an die Konzerneinheiten betreffend Details zu Bewertungsmaßnahmen im Bereich des Kreditrisikos und ähnlicher Problemstellungen erfolgen im Rahmen von Konzerndirektiven. Änderungen in den Anweisungen und Standards werden den betroffenen Einheiten in regelmäßigen Schulungen kommuniziert.

Im jährlich erscheinenden Geschäftsbericht werden die konsolidierten Ergebnisse in Form eines vollständigen Konzernabschlusses dargestellt. Dieser Konzernabschluss wird vom externen Konzern-Abschlussprüfer geprüft. Zusätzlich wird ein Konzern-Lagebericht erstellt, in dem eine verbale Erläuterung der Konzernergebnisse gemäß den gesetzlichen Vorgaben erfolgt.

Unterjährig wird monatlich auf konsolidierter Basis an das Konzern-Management berichtet. Die öffentlichen Zwischenberichte – sie entsprechen den Bestimmungen des IAS 34 – werden gemäß Börsegesetz quartalsweise erstellt. Zu veröffentlichende Konzernabschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern und dem Finanzvorstand vor Weiterleitung an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats einer abschließenden Würdigung unterzogen. Für das Management werden darüber hinaus Analysen zum Konzernabschluss zusammengestellt, ebenso erfolgen periodisch Vorscheurechnungen für den Konzern. Der vom Bereich Planning & Finance durchgeführte Budgetierungs- und Kapitalplanungsprozess schließt auch die Erstellung von Konzernbudgets auf Dreijahresbasis ein.

Überwachung

Die Verantwortung für die unternehmensweite fortlaufende Überwachung obliegt dem Vorstand sowie dem Controlling. Darüber hinaus sind die Abteilungsleiter für die Überwachung der jeweiligen Bereiche zuständig; so werden in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Zusätzlich ist die interne Revision in den Überwachungsprozess involviert. Die Revisionsfunktion wird dabei vom Bereich Audit (Group Audit) der RZB wahrgenommen. Für sämtliche Revisionsaktivitäten gelten die konzernweit verbindlichen revisionspezifischen Regelwerke (Group Audit Standards), die auf den Mindeststandards für die interne Revision der Österreichischen Finanzmarktaufsicht sowie internationalen „Best Practices“ basieren. Zusätzlich gelten die internen Regelungen des Bereichs Audit (insbesondere auch die Audit Charter).

Die Konzernrevision überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften in den Konzerneinheiten der RZB. Der Leiter des Bereichs Audit berichtet direkt an die Vorstände der RZB AG und der RBI AG.

Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte

Die folgenden Angaben decken die Bestimmungen des § 243a (1) UGB ab:

(1) Das Grundkapital der Gesellschaft betrug zum Stichtag 31. Dezember 2013 € 596.290.628,20 und war in 195.505.124 auf Inhaber lautende stimmberechtigte Stammaktien aufgeteilt. Davon waren zum Stichtag 31. Dezember 2013 557.295 Stück eigene Aktien, sodass sich zum Bilanzstichtag 194.947.829 Aktien im Umlauf befanden. Für detaillierte Angaben wird auf Erläuterung (34) Eigenkapital im Anhang verwiesen.

Hinsichtlich der Anfang 2014 durchgeführten Kapitalerhöhung wird auf das Kapitel „Ereignisse nach dem Bilanzstichtag“ verwiesen.

(2) Die Satzung enthält keine Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen. Dem Vorstand sind keine Beschränkungen aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern bekannt.

(3) Die RZB AG hielt zum Stichtag 31. Dezember 2013 über ihre 100-Prozent-Tochter Raiffeisen International Beteiligungs GmbH und andere Tochtergesellschaften indirekt rund 78,5 Prozent am Grundkapital an der Gesellschaft. Die restlichen Aktien der RBI AG befanden sich im Streubesitz. Dem Vorstand sind darunter keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die zumindest 10 Prozent betragen.

Oberstes Mutterunternehmen ist die Raiffeisen-Landesbanken-Holding GmbH, die direkt und indirekt mit insgesamt rund 82,4 Prozent (Vorjahr: rund 78,5 Prozent) an der RZB AG beteiligt ist. Der direkte Anteil beträgt rund 3,9 Prozent (Vorjahr: 0,0 Prozent), der indirekte Anteil rund 78,5 Prozent (Vorjahr: rund 78,5 Prozent), der über die 100-Prozent-Tochter R-Landesbanken-Beteiligung GmbH gehalten wird.

(4) Laut Satzung der Gesellschaft wird der RZB AG das Recht auf Entsendung von bis zu einem Drittel der von der Hauptversammlung zu wählenden Mitglieder des Aufsichtsrats eingeräumt, solange sie eine Beteiligung am Grundkapital hält. Darüber hinaus bestehen keine besonderen Kontrollrechte von Aktieninhabern.

(5) Es besteht keine Stimmrechtskontrolle bei einer Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer.

(6) Laut Satzung können Personen, die das 68. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Vorstands bestellt oder für eine weitere Funktionsperiode wiederbestellt werden. Für den Aufsichtsrat gilt, dass Personen, die das 75. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt oder für eine weitere Funktionsperiode wiedergewählt werden können. Mitglied des Aufsichtsrats kann ferner keine Person sein, die insgesamt bereits acht Aufsichtsratsmandate in börsennotierten Gesellschaften innehat. Der Vorsitz im Aufsichtsrat einer börsennotierten Gesellschaft zählt dabei doppelt. Von dieser Beschränkung kann die Hauptversammlung durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen absehen, sofern dies gesetzlich zulässig ist. Jede zur Wahl bestellte Person, die mehr Aufsichtsratsmandate oder -vorsitze in börsennotierten Gesellschaften innehat, hat dies der Hauptversammlung gegenüber offenzulegen. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen hinsichtlich der Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats. Die Satzung der Gesellschaft sieht vor, dass, soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen oder die Satzung eine andere Mehrheit vorschreiben, die Hauptversammlung ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen fasst. In Fällen, in denen das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, erfolgt dies mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Aufgrund dieser Bestimmung können Aufsichtsratsmitglieder mit einfacher Mehrheit vorzeitig abberufen werden. Der Aufsichtsrat kann Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, beschließen. Dieses Recht kann an Ausschüsse delegiert werden. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

(7) Der Vorstand ist seit der Hauptversammlung vom 26. Juni 2013 gemäß § 169 Aktiengesetz (AktG) ermächtigt, bis längstens 26. Juli 2018 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital – allenfalls in mehreren Tranchen – um bis zu € 298.145.314,10 durch Ausgabe von bis zu 97.752.562 Stück neuen, auf Inhaber lautenden stimmberechtigten Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (auch im Wege des mittelbaren Bezugsrechts durch ein Kreditinstitut gemäß § 153 (6) AktG) und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, (i) wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage erfolgt oder (ii) wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlage erfolgt und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals der Gesellschaft nicht überschreiten (Bezugsrechtsausschluss).

Das Grundkapital ist gemäß § 159 (2) Z 1 AktG um bis zu € 119.258.123,20 durch Ausgabe von bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautenden Stammaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als von einem unentziehbaren Umtausch- oder Bezugsrecht Gebrauch gemacht wird, das die Gesellschaft den Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen, die auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Juni 2013 ausgegeben werden, auf Aktien einräumt, und der Vorstand nicht beschließt, eigene Aktien zuzuteilen. Der Vorstand wurde in der Hauptversammlung vom 26. Juni 2013 ermächtigt, gemäß § 174 (2) AktG innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der gegenständlichen Beschlussfassung durch die Hauptversammlung mit Zustimmung des Aufsichtsrats, auch in mehreren Tranchen, Wandelschuldverschreibungen mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu € 2.000.000.000,-, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu € 119.258.123,20 verbunden ist, auszugeben. Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Wandelschuldverschreibungen ist ausgeschlossen. Bis dato wurden keine Wandelschuldverschreibungen ausgegeben.

Die Hauptversammlung vom 20. Juni 2012 ermächtigte den Vorstand nach den Bestimmungen des § 65 (1) Z 8 AktG für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung, eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 10 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben und gegebenenfalls einzuziehen. Die Ermächtigung kann ganz oder in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke – mit Ausnahme des Wertpapierhandels – durch die Gesellschaft, mit ihr verbundene Unternehmen oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden. Der geringste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert beträgt € 1 pro Aktie, der höchste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert darf nicht mehr als 10 Prozent über dem durchschnittlichen, ungewichteten Börseschlusskurs der der Ausübung dieser Ermächtigung vorangegangenen zehn Handelstage liegen. Der Vorstand wurde weiters ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats für die Veräußerung der eigenen Aktien eine andere Art als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu beschließen. Das Bezugsrecht der Aktionäre darf nur dann ausgeschlossen werden, wenn die Verwendung der eigenen Aktien als Gegenleistung für eine Sacheinlage, beim Erwerb von Unternehmen, Betrieben, Teilbetrieben oder Anteilen an einer oder mehreren Gesellschaften im In- oder Ausland oder zum Zweck der Durchführung des Share Incentive Program (SIP) der Gesellschaft für leitende Angestellte und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft und der mit ihr verbundenen Unternehmen erfolgt. Weiters kann für den Fall, dass Wandelschuldverschreibungen auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 10. Juni 2008 ausgegeben werden, das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden, um (eigene) Aktien an solche Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen auszugeben, die von dem ihnen gemäß den Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen gewährten Umtausch- oder Bezugsrecht auf Aktien der Gesellschaft Gebrauch gemacht haben. Diese Ermächtigung ersetzt die in der Hauptversammlung vom 8. Juli 2010 beschlossene Ermächtigung zum Rückkauf und zur Verwendung eigener Aktien. Seit der Ermächtigung im Juni 2012 wurden keine eigenen Aktien erworben.

Die Hauptversammlung vom 20. Juni 2012 ermächtigte ferner den Vorstand nach den Bestimmungen des § 65 (1) Z 7 AktG, zum Zweck des Wertpapierhandels, der auch außerbörslich durchgeführt werden darf, für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 5 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben. Der Gegenwert der zu erwerbenden Aktien darf die Hälfte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht unterschreiten und das Doppelte dieses Schlusskurses nicht überschreiten. Diese Ermächtigung kann ganz oder in mehreren Teilbeträgen durch die Gesellschaft, mit ihr verbundene Unternehmen oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden. Diese Ermächtigung ersetzt die in der Hauptversammlung vom 8. Juli 2010 beschlossene Ermächtigung zum Zweck des Wertpapierhandels.

Der Vorstand der Gesellschaft wurde in der am 9. Juni 2009 abgehaltenen ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft ermächtigt, innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der Beschlussfassung mit Zustimmung des Aufsichtsrats, auch in mehreren Tranchen, Genussrechte mit Eigenkapitalcharakter gemäß § 174 AktG mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu € 2 Milliarden nach näherer Maßgabe der vom Vorstand festzulegenden Genussrechtsbedingungen unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre auszugeben. Es ist darauf hinzuweisen, dass Genussrechte aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen keine Stimmrechte oder sonstigen Mitgliedschaftsrechte gewähren. Die Ausgabe von Genussrechten hat daher keine Veränderung der aktienrechtlichen Beteiligungsstruktur und der Stimmrechte der Aktionäre zur Folge. Die Gesellschaft beschloss am 15. Juli 2009, das Eigenkapital durch die Ausgabe von Genussrechten in Höhe von € 600 Millionen aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses vom Juni 2009 zu stärken. Im Zuge der Verschmelzung der Hauptgeschäftsfelder der RZB AG mit der Raiffeisen International zur nunmehrigen RBI AG mit Wirksamkeit zum 10. Oktober 2010 wurden die gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten der übernehmenden und der übertragenden Gesellschaft hinfällig. Dies betrifft auch das Genussrechtskapital in Höhe von € 600 Millionen, das zur Gänze von der RZB AG gezeichnet worden war. Bis dato wurden keine weiteren Genussrechte ausgegeben. Für weitere Details wird auf den Anhang, Erläuterung (34) Eigenkapital verwiesen.

Im Zuge der Verschmelzung der Hauptgeschäftsfelder der RZB AG mit der Raiffeisen International mit Wirkung zum 10. Oktober 2010 wurde die Emission „Raiffeisen-Partizipationskapital 2008/2009“ der RZB AG in Höhe von € 2,5 Milliarden zu unveränderten Konditionen auf die RBI AG übertragen.

Der Vorstand der Gesellschaft wurde in der am 8. Juni 2011 abgehaltenen ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft gemäß § 102a BWG ermächtigt, innerhalb von fünf Jahren nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch das gesamte Partizipationskapital oder das Partizipationskapital einzelner bereits bei der Emission unterschiedener Tranchen mit Zustimmung des Aufsichtsrats unter Berücksichtigung der Emissionsbedingungen einzuziehen; eine teilweise Einziehung von

Partizipationskapital einzelner Emissionen oder Tranchen ist zulässig, wenn die Gleichbehandlung der Berechtigten aus dem Partizipationskapital gewährleistet ist.

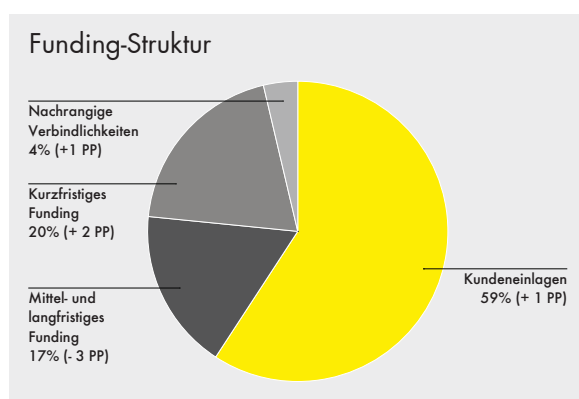
(8) Es bestehen folgende bedeutende Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist und die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich ändern oder enden:

- Im Rahmen der D&O-Versicherung der Gesellschaft ist vorgesehen, dass im Fall einer Verschmelzung der RBI AG auf einen anderen Rechtsträger der Versicherungsvertrag automatisch endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, und Versicherungsschutz nur für Versicherungsfälle wegen vor der Verschmelzung begangener Pflichtverletzungen besteht. Im Fall einer Mehrfachversicherung infolge Neubeherrschung besteht Versicherungsschutz ebenfalls nur für Versicherungsfälle wegen vor dem Beginn der Neubeherrschung begangener Pflichtverletzungen.
- Das SIP der Gesellschaft sieht bei einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle Folgendes vor: „Kommt es während der Wartefrist (Vesting Period) zu einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle oder zu einer Fusion, ohne dass der Zusammenschluss ausschließlich Tochtergesellschaften betrifft, so verfallen alle bedingten Aktien zum Zeitpunkt des Erwerbs der Aktien der RBI AG und der tatsächlichen Verfügungsmöglichkeit des Investors über die Anteile bzw. zum Zeitpunkt der Fusion ersatzlos. Für die verfallenen bedingten Aktien wird eine Entschädigungszahlung vorgenommen. Der ermittelte Entschädigungsbetrag wird mit der nächstmöglichen Gehaltsabrechnung ausbezahlt.“
- Ferner sieht ein von der RBI AG bezüglich einer Tochterbank mit dem Mitaktionär abgeschlossener Syndikatsvertrag vor, dass dieser bei einem Kontrollwechsel automatisch endet.
- Die mit der RZB AG abgeschlossene Markenvereinbarung zur uneingeschränkten Verwendung des Namens und des Logos „Raiffeisen Bank International“ für unbestimmte Zeit in allen Jurisdiktionen, in denen die Marke jetzt oder zukünftig registriert ist, sieht ein Kündigungsrecht bei einem Kontrollwechsel vor.
- Refinanzierungsverträge der Gesellschaft sowie Garantien für Verbindlichkeiten von Tochtergesellschaften sehen bei einem Kontrollwechsel mit wesentlichen negativen Auswirkungen ein vorzeitiges Kündigungsrecht der Kreditverträge vor.

(9) Es bestehen keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

Funding

Banken refinanzieren sich grundsätzlich über ihre Eigenmittel und Kundeneinlagen sowie über diverse Instrumente des Kapital- und Interbankenmarkts. In der ersten Jahreshälfte 2013 profitierten die Banken von der moderaten wirtschaftlichen Erholung in manchen Märkten und die Refinanzierungssituation verbesserte sich. Aufgrund von Turbulenzen auf den Emerging Markets wie Russland und Türkei sowie der Ankündigung einer strengeren US-Geldmarktpolitik nahm die Volatilität an den Kapitalmärkten in der zweiten Jahreshälfte jedoch wieder zu.



Stabile Refinanzierungsbasis

Die Refinanzierung der RBI basiert auf zwei Säulen: zum einen auf Kundeneinlagen, die Ende 2013 € 66,4 Milliarden oder 59 Prozent der Refinanzierung ausmachten, und zum anderen auf dem Wholesale Funding, das mit € 45,8 Milliarden die verbleibenden 41 Prozent beisteuerte. Der hohe Anteil der Kundeneinlagen schafft eine stabile Refinanzierungsbasis und macht die RBI damit weniger anfällig für Turbulenzen auf den Finanzmärkten.

Diversifizierte Finanzierungsquellen

Auch 2013 legte die RBI großes Gewicht auf die Diversifizierung der Finanzierungsquellen für die Konzerneinheiten. Mehr als 40 Prozent des Wholesale Funding der Tochtergesellschaften in Zentral- und Osteuropa stammten aus externen Quellen.

Eine wichtige Rolle im Funding der RBI spielen langfristige Finanzierungen aus Quellen, die weniger stark unter dem Einfluss von Veränderungen auf den internationalen Kapitalmärkten stehen. Dabei arbeitet die RBI aktiv mit supranationalen Institutionen zusammen, die schon seit Langem wichtige und verlässliche Partner der Gruppe sind. Auf Grundlage dieser Finanzierungen werden unter anderem KMU und Energieeffizienzprojekte in Zentral- und Osteuropa unterstützt. Die Konzernzentrale und die Konzerneinheiten in Zentral- und Osteuropa kooperieren mit diesen Institutionen jedoch nicht nur bei Finanzierungen, sondern auch in anderen Bereichen, etwa bei Risk-Sharing-Programmen, die zu einer Optimierung der risikogewichteten Aktiva führen.

Weitere Funding-Quellen der RBI sind Anleiheemissionen einzelner Konzerneinheiten. Dazu zählt z. B. eine unbesicherte, in rumänischen Leu denominierte Anleihe, die von der rumänischen Raiffeisen Bank im Juli 2013 begeben wurde. Zusätzlich ist die Raiffeisen Bankengruppe Österreich ein wichtiger Funding-Partner für die RBI.

Emissionen

Für die mittel- bis langfristige Refinanzierung nutzte die RBI AG 2013 unter anderem zwei Emissionsprogramme: das „EUR 25.000.000.000 Debt Issuance Program“ und das „EUR 20.000.000.000 Emissionsprogramm der Raiffeisen Bank International AG“. Sie wurden aus Effizienzgründen zu Jahresmitte zu einem Emissionsprogramm, dem „EUR 25.000.000.000 Debt Issuance Programme“, zusammengelegt. Im Rahmen dieses Programms können Anleihen in unterschiedlichen Währungen und Strukturen ausgegeben werden. Das Gesamtvolumen der ausstehenden Anleihen darf dabei € 25 Milliarden nicht überschreiten. Per Jahresultimo 2013 waren in Summe € 13 Milliarden Anleihen in Anspruch genommen worden.

Auch im Jahr 2013 setzte die RBI ihren Funding-Plan überwiegend mit kleinvolumigen Privatplatzierungen zügig um. Um das freundliche Marktumfeld vor der Sommerpause zu nutzen, emittierte sie im zweiten Quartal eine Tier-2-Anleihe in Schweizer Franken im Volumen von CHF 250 Millionen mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem Kupon von 4 Prozent.

Die gute Liquiditätssituation ermöglichte es der RBI AG im Juli, ein Rückkaufangebot für eine ausstehende staatsgarantierte Anleihe zu machen. Damit kaufte sie Anleihen im Wert von mehr als € 500 Millionen zurück und reduzierte so ihre künftige Zinsbelastung.

Mitte Oktober emittierte die RBI zur Stärkung ihrer Kapitalbasis eine nachrangige Anleihe im Volumen von € 500 Millionen mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem Kupon von 6 Prozent. Kurz danach folgte eine erstrangige Benchmark-Anleihe, die ebenfalls ein Volumen von € 500 Millionen, aber eine Laufzeit von fünf Jahren aufwies.

Kurz nach dieser erstrangigen Benchmark-Anleihe veröffentlichte die RBI im Dezember ein Umtauschangebot für das bestehende Nachrangkapital in neues Nachrangkapital (Tier 2) im Volumen von € 233 Millionen. Dieses Angebot wurde von nahezu der Hälfte der Investoren angenommen, wodurch die Kapitalstruktur der RBI nachhaltig gestärkt wurde.

Weitere Refinanzierungsmaßnahmen

Für die Mittelaufnahme mit kurzen Laufzeiten nutzte die RBI 2013 sowohl den Interbankenmarkt als auch ihr Emissionsprogramm für kurzfristige Emissionen (Commercial Papers), das „Euro-Commercial Paper and Certificate of Deposit Programme“. Im Rahmen dieses Programms emittierte die RBI Commercial Papers in unterschiedlichen Währungen und refinanzierte sich damit auch außerhalb des reinen Interbankenmarkts.

Zur Diversifizierung ihrer Finanzierungsquellen arbeitet die RBI auch aktiv an der Erschließung besicherter Refinanzierungen, bei denen vorhandene Assets zur Generierung längerfristig verfügbarer Mittel genutzt werden.

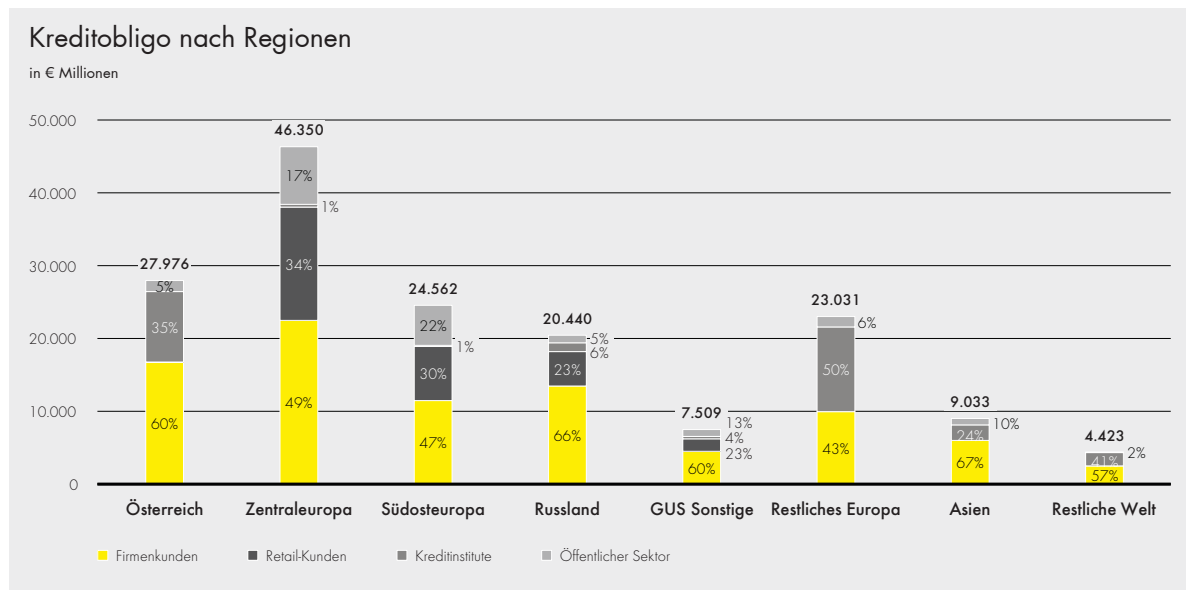
Risikomanagement

Das Eingehen von Risiken und deren Transformation sind integrale Bestandteile des Bankgeschäfts. Daher gehört das aktive Management von Risiken ebenso zu den Kernkompetenzen der Gesamtbanksteuerung wie die Kapitalplanung sowie die Steuerung von Kosten und Erträgen. Um Risiken effektiv erkennen, einstufen und steuern zu können, verfügt die RBI über ein umfassendes Risikomanagement und -controlling.

Diese Funktion umspannt die gesamte Organisationsstruktur und sämtliche Managementebenen und wird auch in den einzelnen Tochterunternehmen mithilfe der jeweiligen lokalen Risikomanagement-Organisation umgesetzt. Sie ist darauf ausgerichtet, den bewussten Umgang mit und das professionelle Management von Kredit- und Länderrisiken, Markt- und Liquiditätsrisiken, Beteiligungsrisiken sowie operationellen Risiken sicherzustellen, um letztendlich ein angemessenes Verhältnis von Risiken und Ertrag zu gewährleisten. Nähere Informationen zum Aufbau der Risikoorganisation und Kennzahlen finden sich im Risikobericht.

Kreditportfoliostrategie

Die unten angeführte Grafik zeigt die Aushaftungen der RBI nach Geschäftsbereichen und Regionen zum Ende der Berichtsperiode. Die Portfoliostruktur blieb über das Jahr 2013 hinweg sehr stabil und spiegelte damit das Geschäftsmodell der Gruppe wider. Das gesamte Kreditobligo, das für die Portfoliosteuerung herangezogen wird, betrug zum Bilanzstichtag € 163.323 Millionen. Dieser Betrag umfasst sowohl bilanzielle als auch außerbilanzielle Kreditexposures vor Anwendung von Gewichtungsfaktoren und stellt somit den maximalen Forderungswert dar.



Firmenkunden sind in allen Regionen ein zentraler Bestandteil des Portfolios. Ende 2013 betrug die Aushaftung der Gruppe gegenüber Firmenkunden € 78.518 Millionen und damit um € 2.378 Millionen weniger als zum Ende des Vorjahres. Dieser Rückgang ist auf die Reduktion des Kreditportfolios in einigen Netzwerkbanken zurückzuführen, die durch einen Anstieg der Kredite im österreichischen Portfolio allerdings teilweise kompensiert wurde. Da aufgrund strengerer Kreditvergaberichtlinien neue Kredite hauptsächlich an Kunden mit sehr guten Ratings vergeben werden, ist die Kreditqualität des Neugeschäfts deutlich höher als die des bestehenden Portfolios.

Privatkundengeschäft wird von der RBI ausschließlich in den Märkten Zentral- und Osteuropas betrieben und ist im Vergleich zum Vorjahr um € 268 Millionen auf € 29.402 Millionen angestiegen. Diese Erhöhung ist primär auf höhere Kreditvolumina in Russland zurückzuführen, wo trotz Währungsabwertungen ein Anstieg um € 990 Millionen erzielt wurde. In Zentraleuropa ging das Obligo gegenüber Privatkunden hingegen zurück, hauptsächlich aufgrund geringerer Volumina in Polen (verhaltene Kreditnachfrage) und Ungarn (selektive Kreditvergabe).

Der Bereich Finanzinstitute umfasst hauptsächlich Forderungen an und Wertpapiere von westeuropäischen Banken und Forderungen an die Raiffeisen Bankengruppe in Österreich (als Teil des sektorinternen Liquiditätsausgleichs). Zum Ende der Berichtsperiode erreichte dieses Portfolio einen Wert von € 27.370 Millionen und blieb damit um € 5.355 Millionen unter dem Vorjahresniveau. Der Rückgang war vor allem von der Optimierung der Liquidität getrieben und schlug sich in geringeren Aushaftungen in der Ratingstufe A3 (minus € 6.606 Millionen) aufgrund geringerer Repo-, Swap- und Geldmarktgeschäfte nieder.

Im Einklang mit der strategischen Ausrichtung der RBI wird das Obligo an den öffentlichen Sektor auf einem niedrigen Niveau gehalten. Es dient vorwiegend der Einhaltung der Mindestreserve und der Anforderungen des Liquiditätsmanagements. Das Kreditportfolio in diesem Segment war 2013 weitgehend stabil und betrug Ende 2013 € 19.284 Millionen, ein Anstieg um € 363 Millionen gegenüber dem Vorjahr.

Zur aktiven Steuerung des Kreditportfolios bestehen in der RBI eigene Kreditportfolio-Komitees, denen die Festlegung der Kreditportfoliostrategie für die unterschiedlichen Kundenbereiche obliegt. Als Grundlage für die Definition von Kreditvergaberichtlinien und Limits zur Ausrichtung des Kreditportfolios dienen Analysen interner Research-Abteilungen und des Portfoliomanagements. Die Kreditportfoliostrategien werden dabei regelmäßig an die geänderten Marktaussichten angepasst.

Trotz der durch die EZB ermöglichten Beruhigung auf dem Markt für europäische Staatsanleihen standen in den vergangenen Quartalen weiterhin die Forderungen gegenüber Staaten, Gemeinden sowie Banken im Fokus der Portfoliosteuerung. Bestehende Aushaftungen wurden kontinuierlich evaluiert, ebenso wurden – wo erforderlich – Limits reduziert. Neben regulatorischen Erfordernissen im Heimmarkt dient das Engagement in Staatspapieren hauptsächlich der Stärkung des Liquiditätspuffers.

Im Privatkundenbereich lag besonderes Augenmerk auf dem behutsamen Ausbau des Portfolios an Verbraucherkredit und Kreditkarten anhand selektiver und differenzierter Vergabekriterien sowie auf der Anwendung und weitreichenden Abdeckung von Antrags- und Verhaltens-Scorecard-Modellen. Dabei nutzte der Retail-Bereich bewährte Praktiken aus der Gruppe und führte die Implementierung der verfeinerten Kreditvergaberichtlinien erfolgreich fort. Im Kreditvergabeprozess wurde auf eine weitere Vereinfachung und Automatisierung von Entscheidungsregeln Wert gelegt.

Management notleidender Krediten

Die Bearbeitung von notleidenden Krediten war auch 2013 eine der Prioritäten des Risikomanagements. Die Ziele und Maßnahmen waren vor allem auf eine Verbesserung der Früherkennung potenzieller Problemfälle, das Berichtswesen über Restrukturierungstätigkeiten und eine rasche und effektive Reduktion des Portfolios notleidender Kredite gerichtet. Kontinuierliche Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildung der Mitarbeiter in diesem Bereich und der fortlaufende Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Mitgliedern der Kreditinstitutsgruppe waren weitere wichtige Schwerpunkte. Ein stärkerer Anstieg der notleidenden Kredite konnte dadurch verhindert werden.

Das in den Heimmärkten der RBI im Jahr 2013 anhaltend schwierige gesamtwirtschaftliche Umfeld spiegelte sich im Anstieg der notleidenden Kredite auf € 8.657 Millionen wider (plus 6 Prozent oder € 474 Millionen gegenüber Ultimo 2012). Besonders das Portfolio der Kredite an Nichtbanken im Segment Group Corporates und in Slowenien litt unter dem Ausfall einiger größerer Firmenkunden, was sich auch in einer Erhöhung der geplanten Risikokosten im zweiten Halbjahr niederschlug. Dagegen konnte der Bestand an notleidenden Krediten im Retail-Bereich um 4 Prozent oder € 131 Millionen auf € 2.922 Millionen leicht verringert werden.

Die Neubildung entsprechender Kreditrisikovorsorgen wurde jedoch durch Erträge aus Sanierungsmaßnahmen zum Teil kompensiert. Dabei wurde eine angemessene Deckung durch Wertberichtigungen gewährleistet.

Liquiditätsrisiko

Die Liquiditätsposition der RBI unterliegt einem regelmäßigen Monitoring und ist in der Meldung des RZB-Konzerns im wöchentlichen Reporting an die österreichische Bankenaufsicht enthalten. Während des Geschäftsjahres 2013 blieb sie weiterhin stabil und wies einen komfortablen Liquiditätspuffer aus.

Um ihr Liquiditätsrisiko zu steuern, wendet die RBI ein seit Langem etabliertes und bewährtes Limitmodell an, das einen hohen Liquiditätsüberschuss für kurze Laufzeiten erfordert und auf vertraglichen und historisch beobachteten Geldmittelzu- und abflüssen basiert. Auch für mittlere und lange Laufzeiten bestehen entsprechende Limits, die die negativen Auswirkungen möglicherweise steigender Refinanzierungskosten auf das Geschäftsergebnis abschwächen. Zusätzlich zu den Limitmodellen werden regelmäßige Liquiditäts-Stresstests durchgeführt, um die Auswirkungen von potenziellen Reputations- und Marktkrisenszenarien zu evaluieren und zu begrenzen.

Das Liquiditätsmanagement integriert Erkenntnisse der vergangenen Jahre in die Geldflussmodellierungen, um die darauf basierenden Vorscheurechnungen für Kapitalbindung und Refinanzierungsbedürfnisse anpassen zu können. Dadurch sollen einerseits die Transparenz bezüglich tatsächlich entstehender Kosten und Risiken erhöht und andererseits die richtigen Steuerungsimpulse gesetzt werden.

Die zugrunde liegenden Geldflussmodelle werden periodisch an das beobachtete Verhalten der Portfoliodynamik angepasst. Im Jahr 2013 wurde besonderes Augenmerk auf die Modellierung von notleidenden Krediten und die Finalisierung der Berechnung der Liquiditätskennzahlen nach Basel III gelegt.

Zinsrisiko

Das Zinsergebnis stellt einen bedeutenden Ergebnisfaktor für die RBI dar. Um dieser Bedeutung gerecht zu werden, wird das Risikomanagement im Hinblick auf Zinsflüsse in einer eigenen Einheit unabhängig von der Steuerung des Liquiditätsrisikos wahrgenommen. Hier wird vor allem der Einfluss von unterschiedlichen Zinsszenarien auf das Zinsergebnis simuliert. In enger Kooperation mit den Markteinheiten erfolgt damit eine Vorbereitung auf unterschiedliche Marktentwicklungen, sodass im Fall negativer Tendenzen schnell reagiert werden kann. Im Jahr 2013 standen in diesem Bereich die Weiterentwicklung der zur Verfügung stehenden Analyse- und Reporting-Werkzeuge und die Harmonisierung dieser Systeme innerhalb der Gruppe im Vordergrund.

Marktrisiko

Seit Jänner 2010 basiert das Marktrisikomanagement der RBI auf den Zahlen eines internen Modells. Dieses errechnet mit einem hybriden Ansatz, also einer Kombination aus historischer und Monte-Carlo-Simulation mit 5.000 Szenarien, den Value-at-Risk (VaR) für die Veränderung der Risikofaktoren Fremdwährungen, Zinsentwicklung, Credit Spreads aus Anleihen und Credit Default Swaps sowie Aktienindizes. Zusätzlich wurde das Modell um ein Stressed-VaR-Modul und eine verfeinerte Messung von Optionsrisiken erweitert.

Zur besseren Abbildung jener Risikofaktoren, bei denen die Wahrscheinlichkeit extremer Kursveränderungen höher ist als in einer Normalverteilung, wurden zahlreiche Zusätze in das Modell integriert. Dazu zählen etwa die Anreicherung der Szenarien um extreme Ereignisse, die Berücksichtigung des aktuellen Volatilitätsniveaus in der Generierung von Szenarien sowie die Anwendung unterschiedlicher Zeithorizonte in der Volatilitätsschätzung. Die Wahl dieses Modellzugangs schafft die Basis für die Umsetzung der strengen Basel-III-Anforderungen in internen Modellen.

Der tägliche Steuerungsumfang beinhaltet die Handels- und Bankbücher basierend auf dem VaR bei einer Haltedauer von 1 Tag und einem Konfidenzintervall von 99 Prozent sowie Sensitivitätslimits. Die Marktrisikoposition, der Limitprozess und die Darstellung sämtlicher Kapitalmarktaktivitäten in der Erfolgsrechnung zählen zu den fixen Tagesordnungspunkten des wöchentlich tagenden Marktrisiko-Komitees.

Um die Qualität des Modells sicherzustellen, wird es einem täglichen Rückvergleich, dem so genannten Backtesting, unterzogen. Die Ergebnisse dieser Tests lagen stets im Rahmen der Modellerwartungen. Auf Basis dieser guten Ergebnisse ist das interne Modell regulatorisch in der besten Klasse („Status grün“) einzustufen.

Operationelles Risiko

Im Bereich des operationellen Risikos werden sowohl interne Risikofaktoren, z. B. unerlaubte Handlungen, Diebstahl und Betrug, Clearing- und Prozessfehler, Betriebsstörungen und Systemausfälle, sowie externe Risikofaktoren wie Sachschäden und betrügerische Handlungen gesteuert und verwaltet. Diese Risiken werden auf der Grundlage der eigenen historischen Verlustdatensammlung der Gruppe sowie der Risk-Assessment-Ergebnisse analysiert, verwaltet und kontrolliert.

Mithilfe von Frühwarnindikatoren für das operationelle Risiko soll sichergestellt werden, dass mögliche Verluste frühzeitig erkannt und verhindert werden können. Standardisierte Szenarioanalysen werden verwendet, um die Auswirkungen möglicher Ereignisse von geringer Wahrscheinlichkeit, verbunden mit hohem Schadensausmaß, festzustellen.

Operational Risk Controlling wendet sowohl ein zentrales als auch ein dezentrales Managementsystem an. Die Grundprinzipien und Mindeststandards werden dabei durch das zentrale Operational Risk Controlling definiert, die detaillierte Umsetzung liegt in der Verantwortung der lokalen Einheiten.

Veränderungen im regulatorischen Umfeld

Die RBI beschäftigte sich auch 2013 intensiv mit den laufenden bzw. bevorstehenden regulatorischen Entwicklungen. Eines der wesentlichen Themen war dabei die Vorbereitung auf die geänderten gesetzlichen Regelungen, die mit den EU-Richtlinien zu Basel III (CRD IV/CRR) Anfang 2014 in Kraft getreten sind, und die entsprechende Analyse der Auswirkungen daraus.

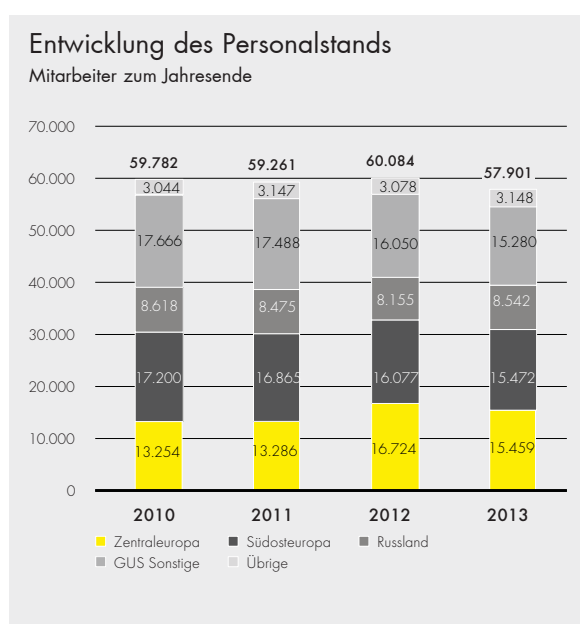
Im zweiten Halbjahr 2013 galt das Hauptaugenmerk der Vorbereitung auf die Neuerungen im Hinblick auf den „Single Supervisory“-Mechanismus, besonders auf die damit einhergehenden Bilanzprüfungen („Comprehensive Assessment“) durch die EZB, die im ersten Halbjahr 2014 auch den „Asset Quality Review“ und einen europaweiten Stresstest mit sich bringen werden. Als Teil der RZB-Gruppe repräsentiert die RBI einen der Schwerpunkte für die aufsichtsrechtlichen Überprüfungen während dieser Prozesse. Um für die von der EZB durchgeführten Prüfungen optimal vorbereitet zu sein und eine gute Datenqualität zu gewährleisten, wurde ein internes Projekt aufgesetzt.

Neben den Vorbereitungen im Zusammenhang mit den neuen Basel-III-Regelungen stand 2013 die laufende Implementierung des fortgeschrittenen Basel-II-Ansatzes nach wie vor im Fokus des Risikomanagements. Die Basel-II-bezogenen Aktivitäten umfassten die Implementierung des Internal-Ratings-Based-Ansatzes (IRB) im Retail- und Non-Retail-Bereich in den Tochterunternehmen in Zentral- und Osteuropa, die Weiterentwicklung des internen Marktrisikomodells sowie die gruppenweite Weiterentwicklung des Standardansatzes beim operationellen Risiko.

Human Resources

Der Bereich Human Resources (HR) der RBI sorgt durch einen nachhaltigen Einsatz der personellen Ressourcen im Konzern für eine Harmonisierung zwischen Unternehmensinteressen und den Bedürfnissen der Mitarbeiter. Zum 31. Dezember 2013 beschäftigte die RBI mit 57.901 Mitarbeitern (Vollzeitäquivalente) 2.183 Personen bzw. 4 Prozent weniger als Ende 2012. Die absolut größte Reduktion erfolgte dabei in der Ukraine. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter war mit 36 Jahren weiterhin relativ niedrig und macht die RBI zu einer jungen und dynamischen Bank. Mit einer Akademikerquote von 72 Prozent wiesen die Mitarbeiter zudem ein sehr hohes Qualifikationsniveau auf. 67 Prozent der Beschäftigten waren Frauen.

ÜBER DIE RBI



Talent Management und Führungskräfteentwicklung

Auch im Berichtsjahr 2013 arbeitete HR intensiv an der Weiterentwicklung und Umsetzung von Talent Management in allen Konzerneinheiten. Die Schwerpunkte lagen dabei auf der weiteren Qualifizierung der Manager zu diesem Thema, auf der Sicherstellung eines hohen Standards zur Identifikation von Talenten, insbesondere durch so genannte Kalibrierungs-Meetings, und auf einer Qualitätssteigerung der individuellen Entwicklungspläne. Neben den bestehenden funktionsübergreifenden Entwicklungsprogrammen für Executives wurde im Bereich IT ein konzernweites Programm gestartet, um Führungskräfte in ihren Fach- und Führungskompetenzen maßgeschneidert zu stärken.

KONZERNLAGEBERICHT

Fachausbildung

Trotz intensiver Bemühungen, Kosten zu senken, wurde auf die fachliche Weiterbildung der Mitarbeiter auch 2013 großer

Wert gelegt. Zentrale Weiterbildungsschwerpunkte bildeten die strategisch wichtigen Themenfelder Risikomanagement, Projektmanagement und Compliance. Ein weiterer Fokus wurde auf das konzernweite Projekt „Lean“ – eine standardisierte Methode zur Analyse und Optimierung von Prozessen und Abläufen, deren Anwendung deutliche Effizienzsteigerungen erwarten lässt – gelegt. In den Fachbereichen Controlling/Accounting sowie Einkauf/Kostenmanagement wurden konzernweite Trainingsinitiativen gestartet.

Die Wissensvermittlung verlagerte sich im Vergleich zu 2012 stark von Präsenztrainings zu E-Learning. Know-how-Transfer wurde durch funktionsübergreifende und vor allem internationale Rotations- bzw. Austauschprogramme, z. B. im Retail-Bereich, im Investment Banking, beim Inkasso sowie in der IT, erreicht. Auch das „International Young Potentials“-Programm, mit dem High Potentials aus Netzwerkbanken durch gezielte Lernaufenthalte in anderen Netzwerkeinheiten gefördert werden, wurde 2013 zum dritten Mal gestartet.

SEGMENTBERICHT

KONZERNABSCHLUSS

Lokale Initiativen in den Netzwerkbanken

Auch in den Netzwerkbanken lag der Schwerpunkt 2013 auf der Kostensenkung. Folglich ergriffen viele Netzwerkbanken Maßnahmen zur Senkung der Personalkosten, z. B. durch Strukturoptimierungen, bei denen Managementebenen reduziert wurden. In einem Großteil der Netzwerkbanken wurden zudem Prozessoptimierungen nach der Lean-Methode gestartet.

Einige Netzwerkbanken widmeten der Verbesserung der (internen und externen) Kundenservicequalität besondere Aufmerksamkeit. Dazu wurden entsprechende Umfragen durchgeführt, um kritische Bereiche identifizieren und Schritte zur Verbesserung durchführen zu können. Auch im Bereich Management- und Mitarbeiterentwicklung gab es zahlreiche Maßnahmen, wie z. B. das Programm „Meet your customer“ der Raiffeisen Bank Kosovo, in dessen Rahmen Manager der Zentrale für eine gewisse Zeit die Aufgaben mit Filialleitern tauschten.

SERVICE

Im Zuge des Integrationsprozesses der Raiffeisen Polbank, der sich an die Fusion zwischen der Raiffeisen Bank Polska und der Polbank anschloss, wurde ein „Employee Value Proposition“-Projekt gestartet, um die neu entstandene Bank als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren.

Entwicklungen im Kompensationsbereich

Da bei Banken als klassischen Dienstleistungsunternehmen der Personalaufwand einen hohen Teil der Verwaltungsaufwendungen ausmacht – bei der RBI waren dies im Jahr 2013 unverändert 49 Prozent – setzen Kostensenkungsprogramme auch bei den Gehältern und Nebenleistungen an. Der Personalaufwand stieg in der Berichtsperiode im Jahresvergleich um 2 Prozent. Gehaltserhöhungen oder Boni wurden auf Basis differenzierter Leistungsbeurteilungen im Rahmen des Performance Managements nur Leistungsträgern gewährt.

Nach wie vor war ein beträchtlicher Teil der HR-Kapazitäten 2013 mit der Umsetzung spezieller Regulierungen für Vergütungssysteme im Bankenbereich gebunden. Auch in der Berichtsperiode wurden alle zur RBI gehörenden Unternehmen nach Risikokriterien durchleuchtet, um auf dieser Basis zu ermitteln, in welchem Umfang die Vergütungsregeln zur Anwendung gelangen, und die Positionen zu identifizieren, die den restriktiven Entlohnungsbestimmungen des BWG unterliegen.

Schwerpunkt Gesundheit

Da die Gesundheit der Mitarbeiter in der RBI eine große Rolle spielt, wird im Folgenden eine Auswahl von gesundheitsbezogenen Maßnahmen dargestellt, die die unterschiedlichen Bedürfnisse in den verschiedenen Ländern reflektiert. In Österreich unterstützt die RBI z. B. diverse sportliche Aktivitäten. Zudem wird jährlich eine „Gesundheitswoche“ veranstaltet, bei der Mitarbeiter eine ganzheitliche Vorsorgeuntersuchung durchführen und im so genannten „UNIQA-Vitaltruck“ ihren Fitnessstatus professionell bestimmen lassen können. Sportangebote und Fachvorträge runden die Gesundheitswoche ab. Darüber hinaus besteht eine Kooperation mit einem externen Beratungsunternehmen, das Mitarbeitern und deren Familien sowohl in beruflichen Fragen (Umgang mit Stress, Mediation etc.) als auch in persönlichen Belangen (Familienberatung, Trauerbegleitung etc.) zur Verfügung steht. Weiters arbeitet die RBI mit einem auf Burn-out und Stressmanagement spezialisierten Institut zusammen, bei dem Mitarbeiter bei Bedarf fünf Therapieeinheiten in Anspruch nehmen können, deren Kosten größtenteils vom Unternehmen übernommen werden.

In der Raiffeisen Bank Aval sind rund 1.500 Mitarbeiter über das Krankenversicherungsprogramm „Health Insurance Program“ versichert, dessen Kosten die Bank übernimmt. Mitarbeiter, die nicht an diesem Programm teilnehmen, haben im Krankheitsfall Anspruch auf einen Zuschuss für medizinische Behandlungen für sich selbst oder für Familienmitglieder. In Russland haben alle Mitarbeiter der Raiffeisenbank Zugang zu einer kostenlosen Krankenversicherung, die umfangreiche medizinische Leistungen in den besten Kliniken beinhaltet. In der kroatischen Raiffeisenbank Austria wurde 2013 die Initiative „Gesundheit und Produktivität am Arbeitsplatz“ gestartet, die auf eine Reduktion von Arbeitsüberlastung bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Produktivität abzielt. Seit vielen Jahren organisiert die belarussische Priorbank für ihre Mitarbeiter jeden Sommer ein Wochenende mit verschiedenen Sport- und Freizeitaktivitäten, an dem auch Teams der russischen und ukrainischen Netzwerkbanken teilnehmen. Eine ähnliche Initiative – allerdings mit Fokus auf die Work-Life Balance – lancierte die Raiffeisen Bank in Rumänien in der Berichtsperiode.

Ausblick

Konjunkturaussichten

Zentraleuropa

Die positiven Wachstumstendenzen der zweiten Jahreshälfte 2013 dürften sich 2014 in der Region Zentraleuropa weiter verstärken. Die Konjunkturlage scheint geschafft, und die verbesserte Entwicklung in der Eurozone sollte eine positive Exportdynamik unterstützen. Zusätzlich wird ein Anspringen der heimischen Nachfrage erwartet, was die Tragfähigkeit der wirtschaftlichen Erholung weiter untermauern würde. Nach einem BIP-Wachstum von 0,8 Prozent im Jahr 2013 liegt die Prognose für 2014 derzeit bei 2,5 Prozent. Spitzenreiter dürfte dabei weiterhin Polen mit plus 3,1 Prozent sein, während die Tschechische Republik, deren BIP 2013 um 0,9 Prozent schrumpfte, 2014 auf ein Wachstum von 2,3 Prozent kommen und damit die größte Verbesserung erzielen könnte. Nur in Slowenien ist noch mit einem leichten Schrumpfen der Wirtschaft zu rechnen. Geldpolitisch bleiben die Zügel wohl weiterhin locker – mit restriktiven Schritten ist frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2014 zu rechnen. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist in Zentraleuropa weit fortgeschritten: Die Tschechische Republik, Ungarn und die Slowakei werden ihre Budgetdefizite voraussichtlich unter der Maastricht-Grenze von 3 Prozent des BIP halten können. In Polen dürfte diese Marke leicht, in Slowenien sogar deutlich überschritten werden. Insgesamt sollte sich Zentraleuropa 2014 von der schwächsten zur dynamischsten Region in CEE entwickeln.

Südosteuropa

Die Region Südosteuropa durchlief das konjunkturelle Tief früher als Zentraleuropa. Schon das Jahr 2013 brachte eine deutliche Belebung – womit das Potenzial für eine weitere Konjunkturerholung im Jahr 2014 hier geringer ausfällt. Zudem kann Südosteuropa aufgrund seiner schwächeren Exportorientierung weniger stark von der Erholung in der Eurozone profitieren. Das aggregierte Wirtschaftswachstum in der Region wird 2014 bei – im Vergleich zum Vorjahr leicht schwächeren – 1,7 Prozent prognostiziert, dies allerdings mit starker Heterogenität unter den einzelnen Ländern. So dürfte Rumänien seinen Wachstumskurs mit plus 2,3 Prozent fortsetzen, da hier ähnlich wie in Zentraleuropa das Übergreifen eines starken Exportwachstums auf die heimische Nachfrage erwartet wird. Dagegen kämpft Kroatien weiterhin mit der seit fünf Jahren anhaltenden Rezession und wird 2014 bestenfalls in eine Stagnationsphase übergehen. In Serbien schließlich dürften notwendige Reformen und Sparmaßnahmen sogar zu einer Abschwächung der Konjunktur führen. Kroatien und Serbien sind zudem die Länder mit den größten Haushaltsdefiziten in Südosteuropa, während das rumänische Budgetdefizit 2,5 Prozent des BIP nicht übersteigen sollte.

GUS

Nach Wachstumsraten um die 4 Prozent in den Jahren 2010 bis 2012 verzeichnete die GUS 2013 nur mehr ein Plus von 1,2 Prozent, und auch für 2014 wird nur ein begrenztes Potenzial nach oben gesehen. Der Wachstumsausblick wird einerseits davon getrübt, dass von Investitionen und Exporten nur geringe Impulse ausgehen werden, andererseits stellen die Entwicklungen in der Ukraine ein deutliches Abwärtsrisiko für die ukrainische, aber auch für die russische Wirtschaft dar. Bei hohen politischen wie wirtschaftlichen Unsicherheiten wird die Ukraine 2014 wohl unter der Aufsicht des IWF schmerzhaftige Strukturreformen durchführen, um bestehende wirtschaftliche Ungleichgewichte zu korrigieren. Das russische Wirtschaftswachstum wird weiterhin schwach bei 1 Prozent gesehen, während für die Ukraine ein Schrumpfen der Wirtschaftsleistung um 3 bis 7 Prozent erwartet wird. Der russische Staatshaushalt dürfte auch weiterhin nur ein geringes Defizit aufweisen. Dies verdeckt allerdings die strukturelle Schwäche, dass das Haushaltsdefizit ohne die Einnahmen aus dem Ölgeschäft mit rund 8 bis 10 Prozent des BIP sehr hoch ausfallen würde. Belarus wird weiter auf finanzielle Unterstützung angewiesen bleiben.

Eurozone

Im Lauf des Jahres 2014 wird für die Eurozone eine kontinuierliche Wachstumsbeschleunigung erwartet. Die robuste Konjunkturdynamik wichtiger Handelspartner (USA, Großbritannien) sowie die in vielen Krisenländern verbesserte Wettbewerbsfähigkeit sprechen für einen anhaltenden Aufschwung in der Exportwirtschaft. Gleichzeitig sollte der dämpfende Effekt aus der Konsolidierung der Staatsfinanzen weiter nachlassen. In Deutschland verfügt vor allem die Binnenwirtschaft aufgrund günstiger Finanzierungsbedingungen und aufgestauter Konsum- und Investitionsnachfrage über Wachstumspotenzial. Auch in den Niederlanden, Irland und Finnland dürften Zuwächse in Konsum und Investitionen 2014 nach heftigen Rückgängen zu neuem Wachstum beitragen. Frankreich wird hingegen zunehmend zum Sorgenkind, weshalb die Wachstumsprognosen wegen schwacher Binnen- und Exportnachfrage unter dem Durchschnitt der Eurozone liegen. Auch Südeuropa ist weiterhin erhöhten wirtschaftlichen und politischen Risiken ausgesetzt. Zudem leidet die Privatwirtschaft in Italien, Spanien, Portugal und Griechenland unter der anhaltend restriktiven Kreditvergabe. Damit sollte der Wirtschaftsaufschwung in diesen Ländern insbesondere von einer Belebung des Außenhandels getragen werden. Allerdings sind auch in Südeuropa unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. So zeichnet sich beispielsweise in Spanien und Portugal ein deutlich dynamischerer Aufschwung ab als in Italien. Griechenland wird die Rezession

überhaupt erst im Lauf des Jahres 2014 hinter sich lassen. Was die Inflation betrifft, sprechen die geringen Lohnzuwächse und die schwache Konsumnachfrage in der Eurozone für einen anhaltend gedämpften Preisauftrieb.

Österreich

Im Verlauf des Jahres 2013 zeigten Konsum und Investitionen erste Anzeichen einer zögerlichen Belebung, die sich 2014 verstärkt fortsetzen sollte. So dürfte der private Konsum von der im Verlauf des Jahres 2014 wieder zunehmenden Beschäftigungsdynamik profitieren. Die Investitionen sollten von den anziehenden Exporten Rückenwind erhalten. Auch das nach wie vor günstige Finanzierungsumfeld ist der Investitionstätigkeit zuträglich. Da den steigenden Ausfuhren jedoch auch anziehende Importe gegenüberstehen dürften, sind vom Außenhandel in Summe unveränderte Beiträge zum BIP-Quartalswachstum zu erwarten. Deutlich zulegen sollte hingegen der Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage, die damit die treibende Kraft hinter der fortgesetzten Konjunkturbelebung werden dürfte. Alles in allem wird aufgrund der anziehenden Konjunkturdynamik für 2014 ein Zuwachs des realen BIP von 1,5 Prozent erwartet, nach lediglich 0,4 Prozent im Jahr 2013. Der Höhepunkt der konjunkturellen Entwicklung sollte im Winterhalbjahr 2014/2015 liegen.

Ausblick der RBI

Wir beabsichtigen, unsere Forderungen an Kunden 2014 leicht zu steigern.

Bei den Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen kalkulieren wir für 2014 mit einem Bedarf etwa auf Vorjahresniveau. Die Ergebnisse könnten noch vom anstehenden Asset Quality Review der EZB beeinflusst werden. Auch die Entwicklungen in der Ukraine und ihre möglichen Auswirkungen auf die Region sind hierbei nicht berücksichtigt.

Im Zuge unseres Kostensenkungsprogramms planen wir, die Höhe der Verwaltungsaufwendungen bis 2016 etwa auf das Niveau des Jahres 2012 zu reduzieren. Wir peilen bis 2016 eine Cost/Income Ratio von 50 bis 55 Prozent an. Für 2014 kalkulieren wir mit Kosten etwa auf dem Niveau von 2013.

Wir peilen mittelfristig einen Return on Equity vor Steuern von rund 15 Prozent an.

Organisatorische Änderungen

Der langjährige Vorstandsvorsitzende der RBI, Dr. Herbert Stepic, stellte seine Funktion am 24. Mai 2013 aus persönlichen Gründen zur Verfügung und schied per 7. Juni 2013 aus dem Vorstand der RBI aus. Zu diesem Zeitpunkt wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende Dr. Karl Sevelda, der im Vorstand bis dahin für das weltweite Firmenkundengeschäft verantwortlich war, zum neuen Vorstandsvorsitzenden der RBI ernannt. Risikovorstand Dr. Johann Strobl wurde der neue stellvertretende Vorstandsvorsitzende der RBI.

Nach der Annahme des Rücktrittsangebots von Dr. Herbert Stepic übernahm Dr. Karl Sevelda dessen Funktionsbereich sowie zusätzlich die Bereiche Participations und International Banking Units von Vorstandsmitglied Mag. Peter Lennkh. Dieser ist nunmehr für das Firmenkundengeschäft verantwortlich.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Kapitalerhöhung

Am 21. Jänner 2014 gab die RBI ihre Absicht bekannt, ihre Kapitalbasis durch Ausgabe neuer Aktien zu stärken. Der erste Schritt dieser Kapitalerhöhung war ein Angebot neuer Aktien an ausgewählte qualifizierte institutionelle Investoren im Wege eines beschleunigten Bookbuilding-Verfahrens (Vorabplatzierung), das am 22. Jänner mit 97.473.914 neuen Aktien vollständig platziert wurde. Die RZB beteiligte sich über ihr 100-prozentiges Tochterunternehmen Raiffeisen International Beteiligungs GmbH im Rahmen der Vorabplatzierung mit €750 Millionen an der Kapitalerhöhung. Die Aktien aus der Vorabplatzierung unterlagen mit 21,3 Prozent einem Rücktrittsvorbehalt mit aufgeschobener Abwicklung. Dieser sollte in jenem Ausmaß zum Tragen kommen, in dem Aktionäre im zweiten Schritt der Kapitalerhöhung, dem Bezugsrechtsangebot in der Zeit vom 24. Jänner bis 7. Februar 2014, ihre Bezugsrechte ausüben.

Während die RZB über ihr Tochterunternehmen Raiffeisen International Beteiligungs GmbH auf sämtliche Bezugsrechte verzichtete, übten die anderen Aktionäre 35,7 Prozent ihrer Bezugsrechte aus. Folglich wurden den qualifizierten institutionellen Investoren aus der Vorabplatzierung 90.074.789 neue Aktien zugeteilt. Dies entspricht 92,4 Prozent der gesamten, im Rahmen der Kapitalerhöhung emittierten 97.473.914 Aktien, die restlichen 7.399.125 neuen Aktien entfielen auf die Altaktionäre.

Bei einem Bezugs- und Angebotspreis von € 28,50 pro neuer Aktie resultierte aus der Transaktion ein Bruttoemissionserlös von rund € 2,78 Milliarden. Der Streubesitz der RBI erhöhte sich durch die Kapitalerhöhung zum Stichtag 11. Februar 2014 deutlich auf rund 39,3 Prozent, indirekter Hauptaktionär bleibt mit rund 60,7 Prozent der Aktien weiterhin die RZB. Mit dem Erlös aus der Kapitalerhöhung beabsichtigt die RBI, das Partizipationskapital in Höhe von € 2,5 Milliarden zurückzuzahlen.

Ein wesentlicher Grund für die Kapitalerhöhung war die Stärkung der Eigenkapitalbasis im Hinblick auf die neuen Basel-III-Regeln (CRR), nach denen das Partizipationskapital nur noch in einer Übergangsphase dem harten Kernkapital (CET1) zurechenbar ist. Die Kapitalerhöhung verbesserte diese Kernkapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsbestimmungen („fully phased-in“) um 3,2 Prozentpunkte auf 10,1 Prozent.

Politische und wirtschaftliche Turbulenzen in der Ukraine

In den ersten Wochen des Jahres 2014 verschlechterte sich die politische und wirtschaftliche Situation in der Ukraine deutlich. In Kombination mit den Spannungen in der Region führten die Turbulenzen zu einer Zunahme des Budgetdefizits der Ukraine, einer Reduktion der Währungsreserven der ukrainischen Nationalbank sowie einer Verschlechterung des Ratings für ukrainische Staatsanleihen. Bis zum Zeitpunkt der Finalisierung des Jahresabschlusses der RBI am 11. März 2014 wertete die ukrainische Hryvna gegenüber dem US-Dollar um 11 Prozent ab. Die Nationalbank führte daraufhin verschärfte Devisenkontrollen ein und änderte ihre Wechselkurspolitik. Die Auswirkungen auf die Finanz- und Vermögenslage der Raiffeisen Bank Aval waren zum Redaktionsschluss noch nicht abschätzbar. Die Abwertung der Hryvna resultierte jedoch in negativen Währungsdifferenzen im Eigenkapital der RBI.

Die Spannungen in der Region hatten auch Auswirkungen auf Russland, wo sich die Unsicherheiten in zweistelligen Kursverlusten an der Moskauer Börse sowie einer Abwertung des russischen Rubels gegenüber dem US-Dollar um rund 10 Prozent niederschlugen. Folge dieser Abwertung waren negative Währungsdifferenzen im Eigenkapital der RBI.

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Jahresabschlusses am 11. März 2014 ergab sich durch die Entwicklung aller für die RBI relevanten Währungen eine Reduktion des harten Kernkapitals (CET1) um rund 25 Basispunkte.